

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengetagelte Bestelle oder deren Raum 80 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 290.

Freitag, den 12. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Mädchenhandel.

Von Anna Bloss, M. D. N.

Die Frage der Auswanderung ist seit Kriegsende eine immer zwingendere. Unser durch den Krieg verarmtes Deutschland, das zudem von seinen früheren Feinden nicht mehr durch Zufuhr unterstützt wird, kann seine Bewohner nicht mehr genügend ernähren und ihnen auch nicht genügend Wohnungen bieten. Es fehlt aber auch infolge Mangels an Kohlen, Rohstoffen und Kapitalien an der Möglichkeit, allen, die arbeiten wollen, Arbeit zu geben. Insbesondere werden die Frauen von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die ungeheuren Steuern, die unerschwinglichen Preise für selbst einfachste Lebenshaltung zwingen aber noch mehr Frauen als früher, sich nach Gelerwerb umzusehen. Zwei große Gefahren sind damit verbunden: einerseits der Mädchenhandel, der als Prostitution innerhalb des Landes um sich greift, andererseits der Mädchenhandel, der den Auswandernden droht, die auf gut Glück in die Fremde gehen. Denn Menschenhandel besteht heute noch in allen Kulturstaaten, der Menschenhandel, von dem Viktor Hugo sagt, daß man wohl die Sklaverei abgeschafft hat, daß sie aber heute noch existiert, jedoch nur noch die Frauen betrifft, die Sklaverei, die sich Prostitution nennt.

Mädchenhandel ist es, wenn Eltern ihre Töchter zwingen, einen ungeliebten Mann zu heiraten, um dadurch finanzielle oder sonstige Vorteile zu erlangen. Im Grunde treiben sie dadurch Handel mit ihrer Tochter. Für den Moralbegriff ist es einerlei, ob dieser Handel vom Standesamt oder Kirche sanktioniert ist. Nach dem Gesetz sind solche Eltern straffrei. Verkuppeln aber Eltern ihre Töchter an einen reichen Liebhaber, so machen sie sich strafbar. Niemals aber wird der Mann bestraft, der ein Mädchen für sich kauft, sei es als Ehefrau oder als Geliebte. Hier werden im neuen Strafgesetzbuch unter Mitwirkung der Frauen natürlich durchgreifende Änderungen stattfinden müssen.

Die infolge des Krieges immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit wird den Mädchenhandel im Inland in trauriger Weise fördern. Das große Angebot von weiblichen Arbeitskräften wird dahin führen, daß viele Arbeiterinnen im Kampfe um das Dasein fast willenlos in die Hände der Arbeitgeber oder ihrer Angestellten gegeben sind. Fabrikarbeiterinnen, Ladenangestellte, Dienstboten und andere werden zu Sklavinnen ihrer Herren, weil sie sich nur durch Preisgabe ihres Körpers vor dem Hinanwerfen schützen können. Hierher gehört auch das traurige Los der Choristinnen, Sängerinnen in Cafehäusern, vielfach auch der Kellnerinnen. Sie alle werden ganz ohne Lohn oder gegen ganz geringe Bezahlung angestellt. Es werden noch besondere Anforderungen in bezug auf Toilette an sie gerichtet. Sie sollen Gäste durch ihre äußeren Reize anlocken. Sie müssen sich liebenswert gegen diese zeigen und sind schließlich gezwungen, sich ihnen zu verkaufen, weil sie sonst außerstande sind, den an sie gestellten Forderungen zu genügen. Alles das ist Mädchenhandel, wie er sich täglich abspielt. Das Los dieser Mädchen ist fast schlimmer als das der Sklavinnen. Diese repräsentierten doch immer einen Wert und mußten als Wertobjekt gekauft und gepflegt werden. Die Sklavinnen unserer modernen Welt aber scheiden als Handelsobjekt aus, sobald sie ihre Jugend und Schönheit verlieren, und ihr Los ist meist schlimmer als das armer kranker Tiere, deren sich wenigstens die Tiereschützer annehmen. Je mehr alle arbeitenden Frauen der Organisation zugeführt werden, um so früher werden sie vor dem Los der Sklaverei im Inland geschützt werden.

Die große Arbeitslosigkeit und die Ueberschwengung Deutschlands führt nun dazu, daß sehr viele Menschen gezwungen sein werden, auszuwandern. Dadurch wird die Gefahr des Mädchenhandels, die schon vor dem Kriege erschreckend groß war, noch erheblich gesteigert werden.

Vor dem Kriege stellte das deutsche National-Komitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels über 1400 Mädchenhändler fest, die den Export, Import und Transithandel mit Mädchen besorgten. Sie bildeten einen Ring untereinander und setzten sich aus allen Gesellschaftsklassen zusammen. Besonders ist, daß sie mitunter streng religiösen Vereinen angehörten. In den von zwei jüdischen Mädchenhändlern in ihre Verwandten gerichteten Briefen war in jeder dritten Zeile der Name des lieben Gottes erwähnt, der das für den Handel aufwendete Geld segnen und viele Zinsen tragen lassen sollte.

Die Arbeit der Mädchenhändler war und ist natürlich dort am leichtesten, wo materielle Not herrscht. In schlechten Zeiten nimmt stets die Zahl der Prostituierten zu. Es sind fast alles Mädchen der Arbeiterklasse, also schulentragende Volksschülerinnen, die ein großes Kontingent auf dem Menschenmarkt stellen. Einerseits ist es die Not, andererseits die mangelnde Geistes- und Berufsausbildung, welche die Mädchen leichtgläubig anscheinend glänzende Angebote annehmen läßt. Mädchenhandel würde gar nicht der doch immer möglich sein, wenn alle Schulen, namentlich die Volksschulen den Mädchen eine umfassende, im praktischen Leben anwendende Bildung und Aufklärung geben würden, wenn die Frauenarbeit besser bezahlt und weniger auf Ausbeutung

Wenn die Verfassung der Republik Deutschland verlangt, daß die Mutterpflicht Anspruch hat auf die Fürsorge von Staat und Gemeinde, wenn die Stellung der unverheirateten Mutter eine andere wird, so ist auch das wieder ein Schutz gegen Mädchenhandel, denn gerade sie waren aus Furcht vor Not und Schande leicht geneigt, eine anscheinend gute Verpflegung im Ausland anzunehmen und werden nur zu oft Beute für die Mädchenhändler.

Im Jahre 1907 wurde festgestellt, daß sich das Einkommen eines französischen Mädchenhändlers namens Dufour auf 410 880 Mk. in dem einen Jahre belief. In diesen kolossalen Einnahmen liegt der Grund, daß die Mädchenhändler die Gefahren der Bestrafung immer wieder auf sich nehmen.

Niemand, besonders aber kein Mädchen sollte sich zum Auswandern entschließen, ohne völlige Garantie, was für Verhältnisse sie im Ausland erwarten. Kein Mädchen sollte auswandern, das nicht eine gründliche Berufsausbildung erhalten hat. Deutsche Arbeit im Ausland zu Ehren bringen, das sollte auch das Bestreben der Auswandererinnen sein. Die Mädchen müssen die Gefahren des Mädchenhandels kennen, der sicher jetzt bei steigendem Angebot zunehmen wird. Das entsetzliche Schicksal der in auswärtige Bordelle verschleppten Mädchen muß ihnen vor Augen geführt werden.

Lange genug hat unsere weibliche Erziehung daran gekrankelt, daß man die Mädchen künstlich blind gehalten hat, statt sie aufzuklären über alle Vorgänge im Leben. Viel Unglück hätte vermieden werden können. Unsere weibliche Jugend muß rechtzeitig vorbereitet werden für den Lebenskampf. Auf diese Weise kann auch der Mädchenhandel wirksam bekämpft werden.

Blech.

Die amtliche Dokumentensammlung des Professors Schüding und des Grafen Montgelas, die bereits infolge noch nicht völlig aufgeklärter Indiskretionen zum Teil als die sogenannten Kautschy-Alben in ausländischen Blättern erschienen und daher auch ausgangswiese zur Kenntnis der deutschen öffentlichen Meinung gelangt ist, ist nunmehr endlich in deutschen Buchhandel erhältlich. Die Auszüge, die in diesen Zeiten der Papier- und Raumnot von der Berliner Presse veröffentlicht werden, können bisher nicht den Anspruch auf wissenschaftliche Verwendbarkeit erheben und bilden höchstens kurze Szenenbruchstücke dieses außerordentlich ausgedehnten und komplizierten geschichtlichen Dramas, das selbst nur das Vorspiel zu einer fünfjährigen Tragödie gewesen ist. Es wäre daher unklug, wollte man auf Grund dieser wenigen Auszüge schon jetzt ein Urteil über die unmittelbare Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges fällen, und da der erste Untersuchungsanspruch, dem die besondere Prüfung dieses Fragmentskomplexes obliegt, nunmehr zusammenzutreten soll, handelt man gerechter, wenn man seinen Ergebnissen noch nicht vorgreift. Als Gesamteindruck aber gewinnt man die Ueberzeugung, welche wir während des Krieges nicht hatten und die erst im Sommer 1918, nach der Denkschrift Riknowskis und dem Brief Mühlens, vor allem aber der Eisenerzhilfsveröffentlichungen nach Ausbruch der deutschen Revolution in uns gekommen ist, aber nur ganz allmählich und ohne die dicke Kruste von Vorurteilen, in die wir uns seit fünf Jahren ehlich verrennt hatten, durchbohren zu können: die Ueberzeugung, daß Deutschlands Schuldmaß weit größer ist, als wir es nach allen Bewertungen von amtlicher Seite glauben konnten. Insbesondere kann jetzt als erweisen gelten, daß Kaiser Wilhelm sein Volk nach allen Regeln der Kunst betrogen hat, als er in den letzten Julitagen den hinterlistigen überfallenen Monarchen spielte, der einen reinen Verteidigungskrieg führen mußte.

Es steht jetzt unzweifelhaft fest, daß die Nordlandsreise des Kaisers nur eine Komödie gegenüber seinem Volk und gegenüber der ganzen Welt war, damit er den durch die Ereignisse Ueberraschten spielen könne, wenn er durch ihn geschürte Konflikt in die akute Phase kommen würde. Das ist nichts anderes, als das, was man kriminalistisch ein Alibi zu nennen pflegt. In diesem Falle aber war es das Alibi, das sich der Verbrecher selbst im Voraus zu verschaffen trachtet. Von allen Randbemerkungen, die der Kaiser auf die Akten schrieb, und die alle für seine Geistesverfassung bezeichnend sind, ist jene besonders lehrreich, die er zu einem Telegramm Riknowskis an das auswärtige Amt vom 1. August 1914 nach folgenden Worten des Botschafters machte: „Da wir weder Frankreich zerstören, noch Gebietsverluste erobern wollen.“ Hier schreibt der deutsche Kaiser einfach: „Blech.“ Das deutsche Volk aber trieb er in den mörderischen Kampf mit der Parole: „Uns treibt keine Eroberungssucht.“ Wenn der Kaiser damals nicht dieses Gelöbnis abgelegt hätte, niemals wäre das deutsche Volk mit solcher Begeisterung in den Krieg gezogen, niemals hätte die Sozialdemokratie Kriegskredite bewilligt. Nur die Ueberzeugung, daß Deutschland der angegriffene Teil sei, ist es gewesen, die uns davon abgehalten hat, den Generalliefer zu proklamieren. Jetzt aber wissen wir's: Alle diese Versprechungen, alle diese Gelöbnisse waren nur „Blech“. Er selbst hat es zugestanden durch diese unschriftliche Randbemerkung — und er mußte es ja wissen. Dieser Monarch, der in diesen Tagen über alles, was ihm nicht paßte, wie ein heftiges Rascheln schrie, ist tatsächlich schuld an all dem Jammer und Elend, unter dem wir und unsere Feinde nun gestern liden. Die einzige Frage ist: Gehört er an die

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 11. Dezember 1919.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung eines Novelle zum Bankgesetz.

Reichsbankpräsident Havenstein: Das Notenprivileg der Reichsbank läuft mit 1920 ab. Ein Jahr vor Ablauf des Privilegs muß seine Erneuerung ausgesprochen werden. Für die Verlängerung spricht der Umstand, daß die derzeitige, auf Privatekapital gegründete Verfassung der Reichsbank strenge Sonderung des Reichsbankvermögens vom Reichsschatz bedingt und damit einen vom Reichscredit unabhängigen Bankcredit ermöglicht. Wie sich die Gewinnverhältnisse der Reichsbank nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse gestalten werden, läßt sich für das Reich wie auch für die Anteilseinerhaber noch nicht übersehen. Es ist deshalb nötig, den Weg eines Privilegiums zu beschreiten und das gegenwärtige Privileg zu verlängern. Um eine Anpassung an die gegenwärtigen Verhältnisse zu erreichen, ist es nötig, die Bestimmungen der Zusammenfassung des Kuratoriums zu ändern, zumal bisher ein Mitglied desselben vom Kaiser bestimmt wurde. Es ist vorgesehen, daß künftig das Kuratorium aus dem Reichsminister als Vorsitzenden und acht Mitgliedern bestehen soll, von denen zwei vom Reichspräsidenten zu ernennen sind, die sechs anderen vom Reichsrat; einer von diesen ist auf Vorschlag Preußens zu berufen. Auch bejwagt der Entwurf, die Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der privaten Notenbanken zu ergänzen.

Auf Antrag des Abg. Dernburg (Dem.) wird der Entwurf ohne weitere Aussprache an den höchsten volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die zweite Beratung soll möglichst in dieser Woche stattfinden.

Darauf wird die Einzelberatung des Reichsnotopfergesetzes

in zweiter Lesung fortgesetzt. Die §§ 6 bis 14 werden mit unerheblichen Änderungen angenommen.

§ 15 bestimmt, was vom Vermögen abgezogen werden kann. Er wird mit einem von den Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum gemeinsam beantragten Zusatz angenommen, was auch die zur Befreiung der laufenden Ausgaben nicht geschäftlicher oder beruflicher Art für drei Monate erforderlichen Beträge an Geld-, Bank- oder sonstigen Guthaben, soweit sie aus den laufenden Jahreseinkünften stammen, abgezogen werden können.

§ 16 wird unverändert angenommen, desgleichen § 17 über Berechnung des Gesellschaftsvermögens mit geringen Änderungen.

Nach § 18 ist der Wertfeststellung der gemeine Wert (Verkaufspreis) zugrunde zu legen, jedoch bei land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken der Ertragswert.

Die Sozialdemokraten beantragen, auch die landwirtschaftlichen Grundstücke nach dem gemeinen Wert zu berechnen.

Die Abg. Bunn (D.) und Jarwick (Z.) beantragen, daß für die Bewertung der Grundstücke der § 152 der Reichs-Abgabenordnung mit der Maßgabe gilt, daß als Ertragswert nicht das Fünftundzwanzigsache, sondern das Zwanzigsache des Reinertrages berechnet wird.

Reichsfinanzminister Erzberger: Bei der Wertfeststellung der Vermögensgegenstände, wie für landwirtschaftliche Maschinen, können nicht die heutigen Preise angenommen werden, sondern ein Preis, der normalen Verhältnissen entspricht.

Abg. Dr. Bunn (D.): Durch die Kriegsabgaben haben wir die Sicherheit geschaffen, daß die während des Krieges erworbenen landwirtschaftlichen Grundstücke mindestens mit dem Ertragswert eingestuft werden. Geschützt werden sollen nicht die Spekulant, sondern diejenigen, die Grund und Boden von altersher erworben haben und verwalten. (Lebh. Zustimmung rechts und links.)

Der Antrag Dr. Bunn-Jarwick wird angenommen.

Damit fällt der Antrag Quard.

§ 18 wird im übrigen angenommen.

§ 18a legt, daß das gewerbliche Betriebsvermögen nur mit 30 Prozent seines Wertes angelegt werden soll.

Die Abgeordneten Bunn und Jarwick beantragen hierauf die Betriebsvermögen in Abzug zu bringen.

Abg. Kießer beantragt den Zusatz: Rücklagen für Ruhegehälter und außerordentliche Zuwendungen an ehemalige Angestellte, Arbeiter und deren Hinterbliebenen kommen nicht in Frage, sofern sie sichergestellt sind.

Reichsfinanzminister Erzberger: Nach dem Friedensvertrag werden die Schiffsreederei des Hauptteils ihres Besitzes enteignet werden müssen. Die Richtlinien für ihre Entschädigung sind allgemein festgelegt und Vorschlag darauf wird erfolgen. Anlaß zu einer Beurlaubung liegt nicht vor.

Der Antrag Bunn-Jarwick wird angenommen, der Antrag Kießer abgelehnt. Auf Antrag der beiden erklaren wird ein Paragraph 18 beigefügt, wonach der Wert des im Auslande Liegenden Grund- und Betriebsvermögens in der Währung des Landes zu schätzen ist, in dem es sich befindet.

Die §§ 19 bis 24 werden angenommen, darunter ohne jede Erörterung § 22, der die Steuerlast enthält, die mit 10 Prozent für die ersten 50 000 Mark Vermögen beginnt und progressiv steigt bis zu 65 Prozent bei einem Vermögen von mehr als 7 Millionen Mark.

§ 25 enthält die Begünstigung für die kleinen Rentner und bestimmt, daß einem Abgabepflichtigen, dessen versteuerbares Vermögen nicht über 100 000 Mark, und dessen Einkommen nicht über 5000 Mark beträgt, die Abgabe auf Antrag zinslos zu stunden ist, und daß auch im übrigen einem Abgabepflichtigen die Abgabe gestundet werden kann, wenn die Einziehung und Verzinsung eine besondere Härte ist. Die zinslose Stundung kann auch nach dem Tode des Abgabepflichtigen bis zum Ableben des überlebenden ehelichen Gatten fortgesetzt werden. Die Stundung kann aber bei veränderten Verhältnissen des Abgabepflichtigen auch wieder aufgehoben werden.

Die Abg. Kießer und Kießer beantragen die Erhöhung

Reich und Ausland.

Die Mutter mit den 20 Zwillingen. Einen ungewöhnlich drellen Schwimbel hat in Berlin die 26 Jahre alte Bertha Müller verlost. Sie besuchte in kurzen Zwischenräumen fast alle Stadesämter und zeigte an, daß die Ehefrau F. Zwillinge geboren habe. Sie gab überall den Namen ihrer Freundin an, verlegte aber deren Wohnung immer in den Bezirk des betreffenden Stadesamtes. Mit der Anmeldebekanntmachung bezog sie sich dann gradenwegs nach der zuständigen Brotkommission und ließ sich Karten für alle Nahrungsmittel geben, die für Säuglinge und deren Mütter bestimmt sind. Mit diesen Karten verschaffte sie sich Milch, Zucker usw., um sie dann für teures Geld zu verkaufen. So waren schon an die 20 Zwillinge des gleichen Namens in die Listen der Stadesämter und der Brotkommission eingetragen worden, als die Ueberprüfung endlich den Schwimbel ans Licht brachte. Die Fälscherin ist noch nicht ergriffen worden.

Großer Notstand herrscht nach Meldungen aus Dresden unter den Landwirten des sächsischen oberen Erzgebirges und des oberen Vogtlandes. Kartoffeln, Getreide und große Mengen Futter stehen tief im Schnee und sind verloren. Nicht nur der materielle Schaden ist groß, sondern auch bei den Selbstverpflegern treten Lebensmittelschwierigkeiten auf. In kurzer Zeit wird man das Vieh nicht mehr ernähren können, wenn nicht Hilfe aus günstiger gelegenen Gebieten gebracht wird.

Nichtige Diebstähle von Brotkruten durch Inangestifte des städtischen Lebensmittelamtes wurden dieser Tage in der Abteilung für Vieh-Verordnung in Frankfurt a. M. aufgedeckt. Als Hauptdieb kommt der Vorsteher dieser Abteilung, Georg Buch, in Betracht. Dieser hat täglich im Verein mit mehreren Schalterbeamten von den von den Wirtinnen abgegebenen Karten bis zu 50 Stück zurückgehalten und diese dann bis zu 50 Pf. das Stück an Schleichhändler verkauft. Die Diebstähle reichen bis Mitte dieses Jahres zurück. Die Stadt ist durch sie um hohe Summen und um ungezählte Tausende von Broten bzw. Mehl geschädigt worden. Buch hat mit seinen Helfershelfern das auf diese Weise erworbene Geld in Weinreizen verjubelt.

Theater und Musik.

Der Sturz des Apostels Paulus, Drama in 12 Bildern von Adolf Landner. Es ist ein gar seltsames Drama, das Adolf Landner, der Stiefsohn Hermann Sudermanns, da zusammengebaut hat. Einige dieser Szenen sind trotz aller gebräugten Klänge wirksam und von großer dramatischer Schlagkraft. Allerdings sind sie zum Teil nach bewährten Vorbildern gearbeitet. Bald hat der Stiefvater Sudermann, bald Franz Wedekind, bald dieser und noch jener andere erfolgreiche Dramendichter Worte geäußert. Aber wenn schon! Von der zehnten Szene an wird die Sache jedoch brüchig. Der Dichter hat nach einem wirkungslos abgeklung-

gesucht. Das ist ihm nicht gelungen. Das Interesse des Zuschauers erlahmt, weil den beiden letzten Szenen nicht allein selbst die Kraft fehlt, sondern weil auch Landner kein Konsequenzmache ist. Statt seinen sonderbaren Schwärmen am Weibe zugrunde gehen zu lassen — das Weib pflegt ja zumeist die Achillesferse der Propheten zu sein — läßt ihn Landner an seiner eigenen Idee dahinsinken. Dieser geistige Trottel erweckt deshalb weder Mitleid, noch Bewunderung, weder Abscheu noch Begeisterung. Er läßt einfach furchtbar gleichgültig, wie es Narren lassen, die an einer Wahndese leiden und nicht die Kraft besitzen, an der zugrunde zu gehen oder sie zu meistern. Gleichgültigkeit aber ist stets lächerlich, tödlich, wie ein Dolchstoß von hinten. Das ist schade. Denn manche Szene zeigt auf knappstem Raume und in wenigen Strichen eine große Gestaltungskraft. In den zwölf Szenen bildet Landner das Schicksal eines Gesundheitsbeters. Der „Apostel Paulus“ ist der Barbiergehilfe Paul Schumann. Wohlgepiropst bis obenhin mit unverständlicher oder doch nur halbverständlicher indischer Religionsphilosophie, hält er für sich eine Werkverfertigung Buddhas. Selbst kein auter, ehrlicher Name misfällt ihm. Bai-Su, das klingt so exotisch und gibt auch ein besseres Ansehen. Ein Narr hat noch immer viele gemacht. Es ist deshalb kein Wunder, daß dem Apostel Paulus halb viel Volk nachrennt, vor allem hysterische Weiber, die den armen Narren, der auf seine Weise Gott sucht, für einen gottbegnadeten Mann halten. Kritisch wird für ihn die Sache, als sich in seinen Neben die unverstandene junge Frau des Drogonisten Dehnitz fängt. Wohl kommt sie ihm auf halben Wege entgegen, jedoch nur zufallend brachte, um sie ganz zu besitzen. Aber er ist so sehr von der fixen Idee seines Apostelberufes beherrscht, daß fleischliche Gefühle keine Gewalt über ihn bekommen. Er zieht es vor, mit ihr ihr sterbenskrankes Kind nicht gesund, sondern tot zu beten, weil sich Hedwig auf sein Drängen über die vom Arzte angeordneten Maßnahmen hinwegsetzt. Die Folge ist, daß ihn der Staatsanwalt beim Wadel nimmt, während die junge Frau vorübergehend geistiger Unmachtung anheimfällt. Auch er selbst soll für verrückt erklärt werden; aber er macht den wohlmeinenden Rat des Arztes aufgeben. So nimmt das Schicksal seinen Lauf. Er muß den von ihm fahrlässig verschuldeten Tod von Hedwigs Kind im Gefängnis büßen. Nach der Haft, die ihn von seinem Wahne nicht befreit hat, fettet er sein Schicksal ganz an das Hedwigs, der der Aufenthalt in der Heilanstalt infolge gut bekommen ist, als sie ihre geistige Gesundheit wieder erlangt hat. Aber kein Auf als Prophet und Apostel ist dahin, und so muß er sich kümmerlich als Gelegenheitsdichter durchschlagen. Da er kein Geschäftsmann und auch sonst unpraktisch ist, bringt ihm sein Beruf wenig ein. Auf Drängen Hedwigs bewirbt er sich bei den Bombastuswerken als Reklamachef. Aber er kommt zu spät. Nun hält es auch Hedwig bei ihm nicht länger mehr aus und verläßt ihn. Von allen verlassen, bleibt ihm als letzte Zukunft der Leierkasten. Im arauen Apostelhemd zieht er von Hof zu Hof, hier und da einen Pfennig erhaschend, denn unpraktisch wie er ist verfehlt der Apostel selbst dieses Geschäft nicht halbwegs einträglich zu gestalten. Eines Tages wird eine Unglücksentbindung oder gar die Schwindelucht den damischen Nar-

Kuboff o. Loffow hatte die 12 Silber mit Fleck und Fleck in Szene gesetzt. Da er sich der Drehmaschine bediente, brachte er eine fertige, innerhalb einer Stunde acht Bilder von gutem Zuschnitt herauszustellen. Eine recht achtbare Leistung, die dem Dramatiker ausstatten kam! Eine wirkliche Unternehmung fand er in der Darstellung. Den Apostel spielte Dr. Caumont Argua. Sein Paul Schumann hatte Hand und Fuß. Der Charakter hatte gute Prägnanz und war auch scharf erfasst. Die Leistung verbiente ohne Einschränkung die Note 1a. Prächtig, wie immer, war die Mimik Spöhr als Hedwig. Ihr felisches, ursprüngliches, farbenreiches Spiel kam vom Herzen und ging zum Herzen. Ellen und Kantor lösten nirgend; alles war fein abgeteilt. Nicht ihr der Vorbeert! Die übrigen Rollen sind mehr eingebundenen Charakteren. Karl Blünder traf ganz ausgezeichnet den Ton als Chefarzt der städtischen Krankenanstalt. Für seine Spielweise dankt man sein hartes Talent spricht auch der Umstand, daß er an Stelle Schrotts, der plötzlich erkrankt war, ohne jede Probe, auch noch den Kaplan spielen konnte und als solcher sogar sehr Gutes leistete. Den Hundesänger, den Schlafgenossen des Apostels, eine Gestalt, die wie ein schwacher Aufguss des Angenruderschen Steinkloppers hannes wirkt, gab Martin Holtmann nicht unheil. Auch die übrigen Darsteller verdachen nichts. Der Weisfall fehlte am Schlussabend ein, wurde aber schließlich glücklich wärmer und kalt neben den Hauptdarstellern vor allem Kuboff von Loffow, der die Schwierigkeiten so geschickt gemeldet hatte.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Aufruf!

Durch die nicht aufhörenden Vertreibungen der ganzen Lebenshaltung befinden sich tausende von Leuten, besonders alte und gebrechliche Unfall- und Altersrenten-Empfänger sowie Witwen und Waisen in bitterster Not. Die geringfügigen Aufbesserungen reichen mit den stets nur recht larm bemessenen Renten bei weitem nicht aus, auch nur den allernotwendigsten Unterhalt zu bestreiten, und richten deshalb die unterzeichnete Vereinigung die herzliche Bitte an die Lübecker Bevölkerung, durch schnelle Gabe den traurigsten Verhältnissen nach Möglichkeit zu steuern. Einzelschlüsse nehmen die Kassensassen der Vorkaufs- und Sparvereins-Bank, Fleischhauerstraße, auf das Konto des Vereins entgegen. Von dem oft erprobten Wohlwollen der hiesigen Bevölkerung wird erhofft, daß dieselbe es auch diesmal ermöglichen, einer vergessenen Kategorie von Leuten durch reichliche Spenden eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten.
Berein Lübecker Renten-Empfänger.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 8. bis 14. Dezember 1919 werden auf die Reichfleischkarte für erwachsene Personen 200 Gramm Fleisch und Fleischwurst, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte, ausgegeben. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst entnommen wird. Entsprechend dieser Aufteilung ist jede Fleischkarte, die den Aufdruck „10“ Anteil trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Militärpersonen, Besuchler und zurückkehrende Kriegsgesangene erhalten ihre Fleischkarten bei dem Schlachtermeister H. Meincke, Schüsselboden Nr. 30.
Das auf Grund ärztlicher Atteste Kranken zustehende Reichfleisch ist nur bei dem Schlachtermeister August Hellmann, Johannisstraße Nr. 17/19, zu entnehmen.

Lübeck, den 11. Dezember 1919. (11825)

Das Landesverorgungsamt.

Feuergefährliche künstliche Lichter.

Der Verkauf und der Gebrauch künstlicher, mit brennbarer Flüssigkeit gefüllter Laternen- und Kerzenlichter ist verboten. Uebertragerungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Lübeck, den 20. Dezember 1918. (11801)

Das Postzeiamt.

Ausgabe von Spiritus-Bezugsmarken.

Die Aufgabe von Spiritus-Bezugsmarken erfolgt in der Geschäftsstelle des Landesverorgungsamtes, Königstraße 63, von Freitag, den 12. Dezember 1919 ab und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche im Oktober 1919 zulässige Spiritus-Bezugsmarken erhalten haben. Bei der Abholung der Marken sind die Ausweise zum Bezüge von Lebensmitteln vorzulegen.

Lübeck, den 10. Dezember 1919. (11805)

Das Landesverorgungsamt.

Bekanntmachung.

Wegen dringender Bedürfnisse dieser die Mitteilungsstelle Weberstraße 1 am Freitag, 12. Dez. und Sonnabend, 13. Dez. für den Verkauf v. Waren geschlossen.
Lübeck, 10. Dezbr. 1919.
Das Landesverorgungsamt.

Die Steuerbehörde.

Bericht am Montag abends um 8 Uhr. Gegen Besorgung abg. (11816)
Mittwoch 8 Uhr
Dienstag 10 Uhr
Mittwoch 11 Uhr
Donnerstag 12 Uhr
Freitag 13 Uhr
Samstag 14 Uhr
Sonntag 15 Uhr
Montag 16 Uhr
Dienstag 17 Uhr
Mittwoch 18 Uhr
Donnerstag 19 Uhr
Freitag 20 Uhr
Samstag 21 Uhr
Sonntag 22 Uhr
Montag 23 Uhr
Dienstag 24 Uhr
Mittwoch 25 Uhr
Donnerstag 26 Uhr
Freitag 27 Uhr
Samstag 28 Uhr
Sonntag 29 Uhr
Montag 30 Uhr
Dienstag 31 Uhr
Mittwoch 1. Jan.
Donnerstag 2. Jan.
Freitag 3. Jan.
Samstag 4. Jan.
Sonntag 5. Jan.
Montag 6. Jan.
Dienstag 7. Jan.
Mittwoch 8. Jan.
Donnerstag 9. Jan.
Freitag 10. Jan.
Samstag 11. Jan.
Sonntag 12. Jan.
Montag 13. Jan.
Dienstag 14. Jan.
Mittwoch 15. Jan.
Donnerstag 16. Jan.
Freitag 17. Jan.
Samstag 18. Jan.
Sonntag 19. Jan.
Montag 20. Jan.
Dienstag 21. Jan.
Mittwoch 22. Jan.
Donnerstag 23. Jan.
Freitag 24. Jan.
Samstag 25. Jan.
Sonntag 26. Jan.
Montag 27. Jan.
Dienstag 28. Jan.
Mittwoch 29. Jan.
Donnerstag 30. Jan.
Freitag 31. Jan.

Eine Bettstelle zu verlt. (11837) Esenarube 10, Nr. Ein neuer Gehrock mit Weste a. verl. mittl. Figur. (11294) La. Lohberg 85 L. I. Van. Kantak. (11807) Kobanistrabe 47.

Petroleum-Kronlampe w. neu zu verkaufen. (11824) Eitenstr. 26 Nr. 1. Zu verlt. Militärstuhle, Nr. 37, e. Kinderspielzeug zu verlt. (11809) Friedenstraße 92, Nr. 2 guterh. Pferdegeschirre zu verkaufen. (11812) Langer Lohberg 1. II. 50 Ferkel und mehrere Zugäuger sind zu verkaufen. (11829) J. Klöwer, Schwartauer Allee 139.

Dr. Wuppenportwagen, schwarz, Samthut, 8-10 J. Blumenstriepe billig a. verk. (11821) Al. Altfeld 12. Zu verlt. 1 Pferd a. Köberu u. 1 H. Wuppenwagen. Näh. Westhofstr. 52, II. (11820) Zu verk. eine Wuppenlampe m. Sachen und ein Spielzeug m. Aluminiumgeschirr. (11827) Cohnstr. 8 II. r. Sth. Ein en. Kinderbettstelle u. eine Zuber a. verk. (11814) Stodelsdorf, Lohstr. 41, I. Zu verk. ein Spiegel m. Schrant o. Konf. Ang. u. B K a. d. Gr. (11836)

Ein kleiner wachsender Hund zu kaufen gesucht. (11820) Schwartau, Raltenhöferstr. 48 a. 1 Krapppul, 1 Braune Tuchhose a. verk. 1 blaues Tuchjackett (Dam.), 1 schw. Federboa zu verk. (11830) Fremde Kamp 35. Ein lein. wachsender Hund zu kaufen gesucht. (11820) Schwartau, Raltenhöferstr. 48 a. 1 Krapppul, 1 Braune Tuchhose a. verk. 1 blaues Tuchjackett (Dam.), 1 schw. Federboa zu verk. (11830) Fremde Kamp 35.

Lübecker Straßenbahn.

Für die Linien 10 und 11 gelten bis auf Weiteres nachstehende Abfahrtszeiten:
Linie 10. Markt-Vorwerk Friedhof.
ab Markt: 12.00, 12.20, 12.40, ab Vorwerk Friedhof: 12.40, 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20, 2.40, 3.00, 3.20, 3.40, 4.00. 2.20, 2.40, 3.00, 3.20, 3.40, 4.00, 4.20, 4.40.
Linie 11. Kohlmarkt-Panierstraße.
ab Kohlmarkt: 6.50, 7.20, ab Panierstraße: 7.10, 7.40, 7.50, 8.20, 8.50, 9.20, 8.10, 8.40, 9.10, 9.40, 9.50, 10.20, 10.50, 10.10, 10.40, 11.10, 11.20, 11.50, 12.10, 11.40, 12.00, 12.20, 12.30, 12.50, 1.10, 12.40, 1.00, 1.20, 1.40, 1.50, 1.50 um. bis 6.50, 2.00 um. bis 7.10, 7.20, 7.50, 8.20, 8.50. Ferner: 7.10, 7.40, 8.10, 8.40, 9.00.

Lübeck, den 10. Dezember 1919. (11800)

Die Direktion.

Konsumverein f. Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H. (11289)
Nachdem die am 9. Dezember stattgefundenen Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt die Auszahlung der
3 Prozent Rabatt
für im Geschäftsjahr 1918-1919 entnommene Waren am
Freitag, dem 12. Dezember,
Sonnabend, dem 13. Dezember,
Dienstag, dem 16. Dezember und
Mittwoch, dem 17. Dezember
während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Martenablieferung erhaltenen Quittung.
An Kinder wird nicht ansbezahlt.
Der Vorstand.

Linoleum-Tappich a. kauf. gesucht. H. Iden, (11811) Schwart. Allee 152. Grammophon mit Platten gesucht. Ang. m. Br. unt. DD a. d. Gr. (11823)

Petroleum
auf Marken 11818
J. Schwabroh,
Mödelmaier Allee 28/3 a

Bilderleisten
einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashdlg.
Fleischhauerstr. 35. F. Nr. 28/8
Weihnachtsbäume
hat billig abzugeben (11895)
H. Klemm, Fadenburg.

Alle Freunde der Genossenschaftsbewegung fordern wir auf Anteile zu zeichnen

Arbeitsgenossenschaft Lübeck
für die
damit die Eröffnungsbilanz, die nach erfolgter Eintragung bekannt gegeben wird, einen Marktstein in der Lübecker Arbeiterbewegung bedentet.

Jeder Gewerkschaftler! Jeder Parteigenosse
muss mindestens einen Anteil zeichnen!
Beitrittserklärungen sind bei allen Gewerkschaftsvorständen, im Restaurant des Gewerkschaftshauses und im Arbeitersekretariat zu haben. 11837

Der Vorstand.
I. A.:
Fritz Steva. Josef Gogowsky. Bathauer, Architekt.

Reichsware
nur gegen Bezugsschein:
Herren-Socken
3.90 4.— 4.50
Unterjacken 9.75
Woll. Herren-Sweater
13.— 18.75
Herren-Ulster 145.—
Anzugstoffe
34.— 35.50 37.50
Hosen 45.—
Jünglings-Hosen 13.20
August Haerder & Co.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4 Kohnl. 10
Mgl. d. R.-Sparr. Lübeck

Rasier-
Messer u. Apparate in reichhaltiger Auswahl.
Oldorf
Hofstr. 50. Fernspr. 1241.
Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Lederpatentsohlen usw. billigt bei
C. Grimm Nachf., Lederhandlung u. Schäferfabrik. 11827

Kopfläuse
nebst Brut, Radikalmittel. Zu haben bei Fr. Krüger, eidig. Kammerdiener, Alster 3, L. 11838

Hasenfelle
Kanine, Reh- u. Hirschfelle, sowie alle Sorten Wildfelle, Pferde- u. Kuhhaare, lauft stets zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner
Goldstr. 8. (11288)

Der neue Welt-Kalender
für 1920
Preis 80 Pf. Zu beziehen:
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
und deren Kolporteur.

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Zeitspaltel oder deren Raum 80 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 290.

Freitag, den 12. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Mädchenhandel.

Von Anna Bloss, M. d. R.

Die Frage der Auswanderung ist seit Kriegsende eine immer zwingendere. Unser durch den Krieg verarmtes Deutschland, das zudem von seinen früheren Feinden nicht mehr durch Zufuhr unterstützt wird, kann seine Bewohner nicht mehr genügend ernähren und ihnen auch nicht genügend Wohnungen bieten. Es fehlt aber auch infolge Mangels an Kohlen, Rohstoffen und Kapitalien an der Möglichkeit, allen, die arbeiten wollen, Arbeit zu geben. Insbesondere werden die Frauen von der Arbeitslosigkeit getroffen. Die ungeheuren Steuern, die unerschwinglichen Preise für selbst einfachste Lebenshaltung zwingen aber noch mehr Frauen als früher, sich nach Gelderwerb umzusehen. Zwei große Gefahren sind damit verbunden: einerseits der Mädchenhandel, der als Prostitution innerhalb des Landes um sich greift, andererseits der Mädchenhandel, der den Auswandernden droht, die auf gut Glück in die Fremde gehen. Denn Menschenhandel besteht heute noch in allen Kulturstaaten, der Menschenhandel, von dem Viktor Hugo sagt, daß man wohl die Sklaverei abgeschafft hat, daß sie aber heute noch existiert, jedoch nur noch die Frauen betrifft, die Sklaverei, die sich Prostitution nennt.

Mädchenhandel ist es, wenn Eltern ihre Tochter zwingen, einen ungeliebten Mann zu heiraten, um dadurch finanzielle oder sonstige Vorteile zu erlangen. Im Grunde treiben sie dadurch Handel mit ihrer Tochter. Für den Moralbegriff ist es einerlei, ob dieser Handel vom Standesamt oder Kirche angeordnet ist. Nach dem Gesetz sind solche Eltern strafbar. Verheiratet aber Eltern ihre Tochter an einen reichen Liebhaber, so machen sie sich strafbar. Niemals aber wird der Mann bestraft, der ein Mädchen für sich kauft, sei es als Ehefrau oder als Geliebte. Hier werden im neuen Strafgesetzbuch unter Mitwirkung der Frauen natürlich durchgreifende Änderungen stattfinden müssen.

Die infolge des Krieges immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit wird den Mädchenhandel im Inland in traurigster Weise fördern. Das große Angebot von weiblichen Arbeitskräften wird dahin führen, daß viele Arbeiterinnen im Kampfe um das Dasein fast willenlos in die Hände der Arbeitgeber oder ihrer Angestellten gegeben sind. Fabrikarbeiterinnen, Ladenangestellte, Dienstmädchen und andere werden zu Sklavinnen ihrer Herren, weil sie sich nur durch Preisgabe ihres Körpers vor dem Hinauswerfen schützen können. Hierher gehört auch das traurige Los der Choristinnen, Sängerinnen in Cafehäusern, vielfach auch der Kellerfrauen. Sie alle werden ganz ohne Lohn oder gegen ganz geringe Bezahlung angestellt. Es werden noch besondere Anforderungen in bezug auf Toilette an sie gerichtet. Sie sollen Gäste durch ihre äußeren Reize anlocken. Sie müssen sich lebenswichtig gegen diese zeigen und sind schließlich gezwungen, sich ihnen zu verkaufen, weil sie sonst außerstande sind, den an sie gestellten Forderungen zu genügen. Alles das ist Mädchenhandel, wie er sich täglich abspielt. Das Los dieser Mädchen ist fast schlimmer als das der Sklavinnen. Diese repräsentieren doch immer einen Wert und muhten als Wertobjekt geschont und gepflegt werden. Die Sklavinnen unserer modernen Welt aber scheiden als Handelsobjekt aus, sobald sie ihre Jugend und Schönheit verlieren, und ihr Los ist meist schlimmer als das armer kranker Tiere, deren sich wenigstens die Tierchutzvereine annehmen. Je mehr alle arbeitenden Frauen der Organisation zugeführt werden, um so früher werden sie vor dem Los der Sklaverei im Inland geschützt werden.

Die große Arbeitslosigkeit und die Uebervölkerung Deutschlands führt nun dazu, daß sehr viele Menschen gezwungen sein werden, auszuwandern. Dadurch wird die Gefahr des Mädchenhandels, die schon vor dem Kriege erschreckend groß war, noch erheblich gesteigert werden.

Vor dem Kriege stellte das deutsche National-Komitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels über 1400 Mädchenhändler fest, die den Export, Import und Transithandel mit Mädchen besorgten. Sie bildeten einen Ring untereinander und setzten sich aus allen Gesellschaftsklassen zusammen. Beachtenswert ist, daß sie mitunter streng religiösen Vereinen angehörten. In den von zwei jüdischen Mädchenhändlern an ihre Verwandten gerichteten Briefen war in jeder dritten Zeile der Name des lieben Gottes erwähnt, der das für den Handel aufgewendete Geld segnen und viele Zinsen tragen lassen sollte.

Die Arbeit der Mädchenhändler war und ist natürlich dort am leichtesten, wo materielle Not herrscht. In schlechten Zeiten nimmt stets die Zahl der Prostituierten zu. Es sind fast alles Mädchen der Arbeiterklasse, also Schulentlassene Volkskinderinnen, die ein großes Kontingent auf dem Menschenmarkt stellen. Einerseits ist es die Not, andererseits die mangelnde Geistes- und Berufsausbildung, welche die Mädchen leichtgläubig anscheinend glänzende Angebote annehmen läßt. Mädchenhandel würde gar nicht oder doch schwer möglich sein, wenn alle Schulen, namentlich die Volksschulen den Mädchen eine umfassendere, im praktischen Leben anzuwendende Bildung und Aufklärung geben würden, wenn die Frauenarbeit besser bezahlt und weniger auf Ausbeutung ausgerichtet würde.

Wenn die Verfassung der Republik Deutschland verlangt, daß die Mutterschaft Anspruch hat auf die Fürsorge von Staat und Gemeinde, wenn die Stellung der unverheirateten Mutter eine andere wird, so ist auch das wieder ein Schutz gegen Mädchenhandel, denn gerade sie wären aus Furcht vor Not und Schande leicht geneigt, eine anscheinend gute Versorgung im Ausland anzunehmen und werden nur zu oft Beute für die Mädchenhändler.

Im Jahre 1907 wurde festgestellt, daß sich das Einkommen eines französischen Mädchenhändlers namens Dufour auf 410 880 Mk. in dem einen Jahre belief. In diesen kolossalen Einnahmen liegt der Grund, daß die Mädchenhändler die Gefahren der Bestrafung immer wieder auf sich nehmen.

Niemand, besonders aber kein Mädchen sollte sich zum Auswandern entschließen, ohne völlige Garantie, was für Verhältnisse sie im Ausland erwarten. Kein Mädchen sollte auswandern, das nicht eine gründliche Berufsausbildung erhalten hat. Deutsche Arbeit im Ausland zu Ehren bringen: das sollte auch das Bestreben der Auswanderinnen sein. Die Mädchen müssen die Gefahren des Mädchenhandels kennen, der sicher jetzt bei steigendem Angebot zunehmen wird. Das entsetzliche Schicksal der in auswärtige Bordelle verschleppten Mädchen muß ihnen vor Augen geführt werden.

Lange genug hat unsere weibliche Erziehung daran gefehlt, daß man die Mädchen künstlich blind gehalten hat, statt sie aufzuklären über alle Vorgänge im Leben. Viel Unglück hätte vermieden werden können. Unsere weibliche Jugend muß rechtzeitig vorbereitet werden für den Lebenskampf. Auf diese Weise kann auch der Mädchenhandel wirksam bekämpft werden.

Blech.

Die amtliche Dokumentensammlung des Professors Schücking und des Grafen Montgelas, die bereits insolge noch nicht völlig aufgearbeiteter Indiskretionen zum Teil als die sogenannten Rautsky-Akten in ausländischen Blättern erschienen und daher auch auszugswiese zur Kenntnis der deutschen öffentlichen Meinung gelangt ist, ist nunmehr endlich im deutschen Buchhandel erhältlich. Die Ausgabe, die in diesen Zeiten der Papier- und Raumnot von der Berliner Presse veröffentlicht werden, können bisher nicht den Anspruch auf wissenschaftliche Verwendbarkeit erheben und bilden höchstens kurze Szenenbruchstücke dieses außerordentlich ausgedehnten und komplizierten geschichtlichen Dramas, das selbst nur das Vorpiel zu einer fünfjährigen Tragödie gewesen ist. Es wäre daher unflüg, wollte man auf Grund dieser wenigen Auszüge schon jetzt ein Urteil über die unmittelbare Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges fällen, und da der erste Untersuchungsausschuss, dem die besondere Prüfung dieses Fragenkomplexes obliegt, nunmehr zusammentreten soll, handelt man gerechter, wenn man seinen Ergebnissen noch nicht vorgreift. Als Gesamteindruck aber gewinnt man die Ueberzeugung, welche wir während des Krieges nicht hatten und die erst im Sommer 1918, nach der Denkschrift Lichnowskis und dem Brief Mühloms, vor allem aber der Eisnerischen Veröffentlichungen nach Ausbruch der deutschen Revolution in uns gekommen ist, aber nur ganz allmählich und ohne die harte Kruste von Vorurteilen, in die wir uns seit fünf Jahren ehrlich verzaun hatten, durchbohren zu können: die Ueberzeugung, daß Deutschland's Schuldmaß weit größer ist, als wir es nach allen Beteuerungen von amtlicher Seite glauben konnten. Insbesondere kann jetzt als erwiesen gelten, daß Kaiser Wilhelm sein Volk nach allen Regeln der Kunst betrogen hat, als er in den letzten Julitagen den hinterläs überfallenen Monarchen spielte, der einen reinen Verteidigungskrieg führen müßte.

Es steht jetzt unzweifelhaft fest, daß die Nordlandsreise des Kaisers nur eine Komödie gegenüber seinem Volke und gegenüber der ganzen Welt war, damit er den durch die Ereignisse Ueberrasteten spielen könne, wenn der durch ihn geschürte Konflikt in die akute Phase kommen würde. Das ist nichts anderes, als das, was man kriminalistisch ein Alibi zu nennen pflegt. In diesem Falle aber war es das Alibi, das sich der Verbrecher selbst im Voraus zu verschaffen trachtet. Von allen Randbemerkungen, die der Kaiser auf die Akten schrieb, und die alle für seine Geistesverfassung bezeichnend sind, ist jene besonders lehrreich, die er zu einem Telegramm Lichnowskis an das auswärtige Amt vom 1. August 1914 nach folgenden Worten des Botschafters machte: „Da wir weder Frankreich zerstören, noch Gebietssteile erobern wollen, ... Hier schreibt der deutsche Kaiser einfach: „Blech!“ Das deutsche Volk aber trieb er in den mörderischen Kampf mit der Parole: „Uns treibt keine Eroberungslust!“ Wenn der Kaiser damals nicht dieses Gelöbnis abgelegt hätte, niemals wäre das deutsche Volk mit solcher Begeisterung in den Krieg gezogen, niemals hätte die Sozialdemokratie Kriegskredite bewilligt. Nur die Ueberzeugung, daß Deutschland der angegriffene Teil sei, ist es gewesen, die uns davon abgehalten hat, den Generalstreit zu proklamieren. Jetzt aber wissen wir's: Alle diese Betsprechungen, alle diese Gelöbnisse waren nur „Blech.“ Er selbst hat es zugestanden durch diese unerschöpfliche Randbemerkung, und er mußte es ja wissen. Dieser Monarch, der in diesen Tagen über alles, was ihm nicht pagte, wie ein offenes Marktwort schimpfte, ist tatsächlich schuld an all dem Jammer und Elend, unter dem wir und unsere Geliebten von Göttern leiden. Die einzige Frage ist: Gebort er an die Laterne oder ins Irrenhaus?

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 11. Dezember 1919.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung eines Novelle zum Bankgesetzes.

Reichsbankpräsident Sapentien: Das Notenprivileg der Reichsbank läuft mit 1920 ab. Ein Jahr vor Ablauf des Privilegs muß seine Erneuerung ausgesprochen werden. Für die Verlängerung spricht der Umstand, daß die derzeitige, auf Privatekapital gegründete Verfassung der Reichsbank strenge Sonderung des Reichsbankvermögens vom Reichsfinstus bedingt und damit einen vom Reichscredit unabhängigen Bankredit ermöglicht. Wie sich die Gewinnverhältnisse der Reichsbank nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse gestalten werden, läßt sich für das Reich wie auch für die Anteilshinhaber noch nicht übersehen. Es ist deshalb nötig, den Weg eines Provisoriums zu beschreiten und das gegenwärtige Privileg zu verlängern. Um eine Anpassung an die gegenwärtigen Verhältnisse zu erreichen, ist es nötig, die Bestimmungen der Zusammenlegung des Kuratoriums zu ändern, zumal bisher ein Mitglied desselben vom Kaiser bestimmt wurde. Es ist vorgesehen, daß künftig das Bankkuratorium aus dem Reichsminister als Vorsitzenden und acht Mitgliedern bestehen soll, von denen zwei vom Reichspräsidenten zu ernennen sind, die sechs anderen vom Reichsrat; einer von diesen ist auf Vorschlag Preukens zu berufen. Auch bezweckt der Entwurf, die Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der privaten Notenbanken zu ergänzen.

Auf Antrag des Abg. Verburg (Dem.) wird der Entwurf ohne weitere Ausprache an den sechsten volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die zweite Beratung soll möglichst in dieser Woche stattfinden.

Darauf wird die Einzelberatung des

Reichsnotepergesetzes

in zweiter Lesung fortgesetzt.

Die §§ 6 bis 14 werden mit unerheblichen Änderungen angenommen.

§ 15 bestimmt, was vom Vermögen abgezogen werden kann. Er wird mit einem von den Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum gemeinsam beantragten Zusatz angenommen, wonach auch die zur Bezahlung der laufenden Ausgaben nicht geschäftlicher oder beruflicher Art für drei Monate erforderlichen Beträge an Geld-, Bank- oder sonstigen Guthaben, soweit sie aus den laufenden Jahreseinkünften stammen, abgezogen werden können.

§ 16 wird unverändert angenommen, desgleichen § 17 über Berechnung des Gesellschaftsvermögens mit geringen Änderungen.

Nach § 18 ist der Wertstellung der gemeine Wert (Verkaufswert) zugrundezulegen, jedoch bei land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken der Ertragswert.

Die Sozialdemokraten beantragen, auch die landlichen Grundstücke nach dem gemeinen Wert zu berechnen.

Die Abg. Blund und Farwid (Z.) beantragen, daß für die Bewertung der Grundstücke der § 152 der Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe gilt, daß als Ertragswert nicht das Pfundzwanzigfache, sondern das zwanzigfache des Reinertrages berechnet wird.

Reichsfinanzminister Erzberger: Bei der Wertstellung der Vermögensgegenstände, wie für landwirtschaftliche Maschinen, können nicht die heutigen Preise angenommen werden, sondern ein Preis, der normalen Verhältnissen entspricht.

Abg. Dr. Blund (D.): Durch die Kriegsausgaben haben wir die Sicherheit geschaffen, daß die während des Krieges erworbenen landwirtschaftlichen Grundstücke mindestens mit dem Gestehungswert einzufüllen sind. Geschützt werden sollen nicht die Spekulanten, sondern diejenigen, die Grund und Boden von altersher erworben haben und verwalten. (Leb. Zustimmung rechts und links.)

Der Antrag Dr. Blund-Farwid wird angenommen.

Damit fällt der Antrag Duard.

§ 18 wird im übrigen angenommen.

§ 18a sagt, daß das gewerbliche Betriebsvermögen nur mit 80 Prozent seines Wertes angelegt werden soll.

Die Abgeordneten Blund und Farwid beantragen hierauf die Betriebschulden in Abzug zu bringen.

Abg. Riessler beantragt den Zusatz: Rücklagen für Ruhezahler- und außerordentliche Zuwendungen an ehemalige Angestellte, Arbeiter und deren Hinterbliebenen kommen nicht in Frage, sofern sie sichergestellt sind.

Reichsfinanzminister Erzberger: Nach dem Friedensvertrag worden die Schiffreederei des Hauptteils ihres Besitzes enteignet werden müssen. Die Richtlinien für ihre Entschädigung sind allgemein festgelegt und vorläufig darauf wird erfolgen. Antrag zu einer Beurlaubung liegt nicht vor.

Der Antrag Blund-Farwid wird angenommen, der Antrag Riessler abgelehnt. Auf Antrag der beiden ersteren wird ein Paragraf 18 beigelegt, wonach der Wert des im Ausland liegenden Grund- und Betriebsvermögens in der Währung des Landes zu schätzen ist, in dem es sich befindet.

Die §§ 19 bis 24 werden angenommen, darunter ohne jede Erörterung § 22, der die Steuerfala enthält, die mit 10 Prozent für die ersten 50 000 Mark Vermögen beginnt und progressiv steigt bis zu 65 Prozent bei einem Vermögen von mehr als 7 Millionen Mark.

§ 25 enthält die Begünstigung für die kleinen Rentner und bestimmt, daß einem Abgabepflichten, dessen verfügbares Vermögen nicht über 100 000 Mark, und dessen Einkommen nicht über 5000 Mark beträgt, die Abgabe auf Antrag zinslos zu stunden ist, und daß auch im übrigen einem Abgabepflichten die Abgabe gestundet werden kann, wenn die Einzelpflicht und Verzinsung eine besondere Härte ist. Die zinslose Stundung kann auch nach dem Tode des Abgabepflichten bis zum Ableben des überlebenden ehelichen Gatten fortgesetzt werden. Die Stundung kann aber bei veränderter Verhältnissen des Abgabepflichten auch wieder aufgehoben werden.

Die Abg. Riessler und Riessler beantragen die Erhöhung der Begünstigung auf 150 000 Mark bzw. auf 7500 Mark.

Abg. Dr. Meißner (Dp.): Die Begrenzung von 100 000 Mark, bzw. 50 000 Mark berücksichtigt nicht die gegenwärtigen Gebverhältnisse, da 5 000 Mark nicht einmal das Existenzminimum umfassen. Ich beantrage Erhöhung.

Unterstaatssekretär Noeße führt u. a. aus, daß die Ausführungsbestimmungen eine weitere Erhöhung, vielleicht bis auf 200 000 Mark vorsehen, wodurch der Antrag Meißner gegenstandslos wird.

Unter Ablehnung der Anträge Meißner wird § 25 in der Ausschußfassung angenommen, ebenso ohne Debatte die §§ 26 bis 28. Nach § 29 kann der Abgabepflichtige, soweit er nicht die ganze Abgabe in einem Betrage entrichtet, eine jährliche Tilgungssumme in Höhe von 6 1/2 Prozent der Abgabe zahlen.

Abg. Dr. Braun (Sd.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, der umgekehrt die sofortige Bezahlung der Abgabe voraussetzt.

Nach weiterer Debatte wird der § 29 mit einer geringen Aenderung im Texte in der Ausschlußfassung angenommen. §§ 29a, 30 und 32 werden angenommen.

Sum § 35 wird ein Zusatz beschloffen, wonach Vorauszahlungen durch 100 Teilbar sein müssen. § 37 wird mit einer redaktionellen Aenderung angenommen.

Hinter § 40 wollen die Deutschnationalen eine Bestimmung einführen, die das Einbringen fremden Kapitals in die deutschen Industriebetriebe verhindern soll.

Abg. Hugenberg (Dn.): Es wäre besser, wir würden die deutschen Arbeiter an den Werken beteiligen, in denen sie bisher gearbeitet haben, und diesem Gedankengange folgt unser Antrag. Wir sind zwar überzeugt, daß Sie unsere Anträge ablehnen, vielleicht würdigen Sie sie soweit, daß sie später auf den Gedanken zurückgreifen.

Die Einfügungen werden abgelehnt. Die Deutschnationalen fordern eine Einfügung in § 43, der die Abgabepflicht für die Fideikommiss- und gebundenen Vermögen regelt. Der Antrag wird fast einstimmig angenommen. (Heiterkeit und Beifall.)

§ 43 wird mit einer Aenderung angenommen. § 43a besagt, daß die auf Nießbrauch ruhenden Kapitalien dem Nießbrauchskapital zu entziehen sind.

Ein Engländer fordert, Wilhelm nach St. Helena zu schaffen.

Nach dem „Telegraph“ erklärte der von einem Besuch nach Köln, Frankfurt und Stuttgart, sowie München zurückgekehrte Oberst Lander im englischen Unterhause, er habe in Deutschland eine starke Strömung zu Gunsten einer Gegenrevolution wahrgenommen. Die royalistische Partei nehme, soweit er beobachten könne, täglich an Umfang zu. Wenn man den vormaligen deutschen Kaiser nicht einen Prozeß mache, und ihn nach St. Helena sende, werde man ihn als König von Preußen wiedersehen.

Daß die Sehnsucht nach einer Wiederkehr Wilhelms im Wachen sein soll, können wir nicht finden. Mit diesem Feigling und Narren ist das deutsche Volk bis auf einige Deutschnationale ein für allemal fertig. Wohl aber verhehlen wir uns durchaus nicht, daß sich seit einigen Monaten eine wachsende, in ihren Zielen noch unklare monarchistische Welle bemerkbar macht; sie tritt besonders in den Städten mehr in Erscheinung, die sich vorübergehend „unabhängiger“ oder kommunistischer Gewalttaten zu „erfreuen“ hatten. Es gilt, diese Welle innerlich und äußerlich zu überwinden und künftig auf der Hut zu sein, damit sie nicht zu einer Gefahr für den Bestand der Republik wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.
Wie die „P. P. M.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird die Nationalversammlung sämtliche Steuergesetze, das Reichsnotopfer eingeschlossen, und das Betriebsrätegesetz unbedingt noch vor Weihnachten erledigen. Letzteres soll am Montag im Plenum zur Beratung gelangen.

Die Antwortpflicht vor dem Untersuchungsausschuss.
Der parlamentarische Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung erledigte Donnerstag in seiner Vollversammlung die Fragen, die durch das Verhalten des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich bei seiner Vernehmung aufgeworfen waren. Der Ausschuss beschloß mit allen gegen zwei Stimmen, zu erklären, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses Fragerecht habe und insoweit auch jede Auskunftsperson die Antwortpflicht jedem Ausschussmitglied gegenüber zu erfüllen habe. Im übrigen beschloß der Ausschuss, daß er in seiner Vollversammlung nicht als Beschwerdestelle für Einsprüche gegen Entscheidungen der Unter Ausschüsse anrufen werden könne. Jeder Unter Ausschuss habe selbständig über die etwaigen Einsprüche von Auskunftspersonen oder Sachverständigen zu entscheiden.

Die Inkeratensteuer.
Bei der zweiten Beratung des Umsatzsteuergesetzes im Steuer Ausschuss der Nationalversammlung wurde die Inkeratensteuer auf 10 Prozent festgesetzt. Dieser Satz ermäßigt sich jedoch nach dem Antrage Waldheim (Dem.) auf 2 Prozent für die ersten 100 000 Mk. der gesamten Inkerateneinnahme, auf 3 Prozent für die nächsten 100 000 Mk., bis 9 Prozent. Nach dem Antrage Dr. Spahn (Ztr.) wurde die Plakatensteuer auf 5 Prozent festgesetzt, die Hotel- und Depoteuer beträgt 10 Prozent, jedoch kommt bei der ersten bei einem Tagesentgelt bis zu 5 Mk. nur ein allgemeiner Umsatzsteuerzins von 1 1/2 Prozent in Anwendung.

Das Betriebsrätegesetz.
Im Betriebsräte Ausschuss wurde auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages das Wahlalter auf 18 Jahre festgelegt. Wählbar zum Betriebsrat sind die Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts vom 24. Lebensjahr ab.

Der sächsische Staatskasseler leer.
Die sächsische Regierung lehnte weitere Teuerungszulagen für Volksschullehrer ab, da keine Mittel vorhanden seien. Die bisherigen Teuerungszulagen an Volksschullehrer betragen 34 1/2 Millionen Mark jährlich.

Die Chemnitzer Krawallprozesse.
Seit dem 22. November finden in Chemnitz Schwurgerichtsverhandlungen statt, welche sich mit den Vorgängen vom 7. und 8. August beschäftigen. Die Verhandlungen werden sich, wie die „P. P. M.“ erfahren, bis einschließlich 17. Dezember erstrecken. Es sind Anlagen erhoben wegen Unruhen, verletzten Totschlags, Plünderungen und Landfriedensbruchs usw. Bisher wurden alle Angeklagten mit Ausnahme eines verurteilt. Ausgangspunkt der Chemnitzer Unruhen waren Demonstrationen, die anfangs nur gegen die Lebensmittelnot gerichtet waren, bald aber in politische Krawalle ausarteten. Es kam zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Reichswehr, und es wurde auf beiden Seiten eine beträchtliche Anzahl Menschen erschossen und verwundet. Es trifft zu, daß die verwundeten Soldaten von der Menge schwer mißhandelt worden sind. Im Laufe der Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß hinter den Unruhen Kommunistische Helfer gestanden haben.

Das Urteil im Prozeß Liebknecht-Lugemburg bestätigt.
Wie von zuständigen Seite verlautet, trifft die Behauptung der „Freiheit“ zu, daß das Urteil im Prozeß Liebknecht-Lugemburg bereits vor einiger Zeit bestätigt wurde, und zwar durch den Oberbefehlshaber, da es sich um ein Urteil des Berliner Militärgerichts handelt. Die Bestätigung erfolgte erst, nachdem zivile und militärische Sachverständige einstimmig erklärt hatten, daß auf Grund des vorliegenden Beweismaterials auch eine nochmalige Verhandlung zu keinem anderen Urteil führen würde.

Kleine politische Nachrichten.
Der Bezirksverein Köln, Aachen, Koblenz, Trier des Verbandes der mittleren Staatsfeuerbeamten Preußens erhob gegen die Anstellung von ehemaligen aktiven Offizieren in der Steuerverwaltung scharfen Widerspruch.

Im Strafverfahren gegen Helfferich wegen Verleumdung des Reichsfinanzministers wird die Hauptverhandlung voraussichtlich im Januar, spätestens Anfang Februar stattfinden. Oberst Reichardt ist nunmehr endlich aus der Reichswehr ausgeschieden. Er wurde mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

Die Einfuhr der „Hilfe“ in das amerikanisch besetzte Gebiet ist verboten.

Bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte in Wiesbaden wurden vier Sozialdemokraten, drei Demokraten, drei Radikale und zwei Zentrumisten gewählt. Die fünf „unabhängigen“ Stadtratsmitglieder geben weißer Zettel ab. Das englische Fremdenrecht ist in zweiter Lesung erledigt worden.

Frankreich.

Ausweisung französischer Journalisten aus Marokko.
Mit dem Paketboot „Daukaka“ sind in Marseille drei französische Journalisten angekommen, die der Generalkonsident, General Planten, aus Marokko ausgewiesen hat, weil sie die revolutionäre oder antikoloniale Propaganda begünstigt hätten. Es sind Christian Houel, Direktor, und Charles Hedein, Redakteur der „Aktion marocaine“, und Direktor Henri Beauvais vom „Eri de Catalogna“.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 12. Dezember.

Sinnspruch.
Am Ende kommt es auf eins heraus, wie wir die große Reise gemacht haben, ob zu Fuß oder zu Pferd oder zu Schiff... Wir gelangen am Ende alle in dieselbe Herberge, in dieselbe schlechte Stube, wo man die Türe mit einer Schaufel aufmacht, wo man die Stube so eng, so kalt, so dunkel, wo man aber gut schläft, falls man zu gut.

Die Versammlung der Bürgerstadt am Montag, dem 15. Dezember, abends 6 Uhr, hat folgende Tagesordnung zu erledigen:
1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Erlass eines Gesetzes betreffend die Enteignung zur Gewinnung von Brennstoffen. 2. Nachtrag zum Straßenbaugesetz. 3. Austausch von Grundstücken mit der Schiffswerft von Henry Koch, Aktien-Gesellschaft zu Lübeck u. v. d. a. 4. Erhöhung der Gagen und Löhne im Stadttheaterbetrieb. 5. Erhebung eines außerordentlichen Zuschlages zur Einkommensteuer und Verstarzung des Abschnittes XIX des Haushaltsplanes. 6. Aufhebung der Gefindekrankenlaste und Aenderung des Gesetzes, betreffend die Gefindekrankenlaste. 7. Erhöhung des Straßensahntarifs. 8. Ersetzung der Geltungsdauer der Par. 1a und 1b der Verordnung vom 15. September 1886, betreffend die Erhebung einer Gebühr für Ein- und Auserhebung von Schiffen. 9. Unterstützung Erwerbsbeschränkter. 10. Bewilligung von Mitteln für das Arbeits- und Wohlstandsbüreau. 11. Herabsetzung der Unterstufungsbeiträge für die Erwerbslosen auf die vorgeschriebenen Reichshöchsthöhe und Gewährung einer Winterbeihilfe an die Finanzbehörde. 12. Nachtrag zu dem Gesetze vom 20. September 1895, betreffend die Errichtung einer Landwirtschaftskammer. 13. Schaffung einer neuen Zeichenscheinstelle.

Als Wortführer des Bürgerausschusses wurde Herr Julius Klein, als Stellvertreter die Herren Korfmann und Pökelhof gewählt. — In seiner letzten Sitzung lehnte der Bürgerausschuss den Antrag, betr. den Umbau des Hauses Alststraße 7, ab. Die dem Bürgerausschuss zur Prüfung überwiesene Eingabe des Volkswirtschaftlers der Arbeiterkassen, betr. Erteilung des Rechts an die Mitglieder der Zeichnungscommission des Arbeiterkassen, ihre Zeichnungen auch auf Brennmaterialien zu erstrecken, wurde durch Ansprache erledigt. Mitgeteilt resp. der Bürgerstadt zur Mitgenehmigung empfohlen wurden folgende Anträge: Nachtrag zum Straßenbaugesetz, Erhöhung der Gagen und Löhne im Stadttheaterbetrieb, Herstellung einer elektrischen Lichtanlage in Nebengebäuden des Herrenhauses in Niendorf und in der Wohnung des Försters Gade daselbst, Bewilligung von 3000 Mark an die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Aufhebung der Gefindekrankenlaste und Aenderung des Gesetzes, betr. die Gefindekrankenlaste, Teuerungszulagen für Beamte und Angestellte, Ersetzung der Geltungsdauer der Par. 1a und 1b der Verordnung vom 15. September 1886, betr. die Erhebung einer Gebühr für Ein- und Auserhebung von Schiffen, Bewilligung von 200 000 Mark zur Unterstützung Erwerbsbeschränkter, Erlass eines zweiten Nachtrages zum dem Gesetze, betr. die Errichtung einer Landwirtschaftskammer, Nachbewilligung von 40 000 Mark an die Finanzbehörde, Herabsetzung der Unterstufungsbeiträge für die Erwerbslosen auf die vorgeschriebenen Reichshöchsthöhe und Gewährung einer Winterbeihilfe an die Erwerbslosen. An den Senat gerichtet wurde ein Antrag von Dr. Wittern über Gewährung von Entschädigungen bei Aenderung der Höhenlage von Straßen auf die Vororte und die eingemeindeten Gebiete. Zur Mitgenehmigung empfohlen wurde auch ein Antrag, betr. Erhöhung des Straßensahntarifs.

Teuerungszulagen für Beamte und Angestellte. Die Kommission zur Prüfung der Frage, durch welche Maßnahmen eine volle Gleichstellung der lübeckischen Beamten mit den preussischen hinsichtlich der Teuerungszulagen herbeizuführen ist, beantragt einstimmig: 1. daß den lübeckischen Beamten ein pensionsfähiger Zuschlag von 50 v. H. zum Gehalt vom 9. Oktober 1918 gewährt wird unter Beibehaltung der laufenden Teuerungszulagen und Rinderzulagen und unter Erhöhung der Teuerungszulagen in einigen Klassen, jedoch mit der Maßgabe, daß der Zuschlag von 50 v. H. beim Inkrafttreten des neuen Beamtenbesoldungsetats wiederum ermäßigt werden kann; 2. daß die Teuerungszulagen an Ruhegeldempfänger und Hinterbliebene in Höhe von 75 v. H. festgelegt werden ohne Rücksicht auf das Einkommen aus Privatvermögen und unter Nichtanrechnung der im Oktober 1918 gewährten Zuschläge; 3. daß die Honorare der Senatsmitglieder auf 25 000 bzw. 15 000 Mk. unter sinnemäßer Anwendung der unter 1. festgesetzten Einschränkung erhöht werden; 4. daß alle Neuregulierungen mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober d. J. an zu erfolgen haben. Die Kommission beantragt ferner, folgende Ersuchen an den Senat zu richten: 1. Der Senat wolle eine Vorlage entgegenbringen, die die Aufnahme der künftigen Angestellten in den Beamtenbesoldungsetat mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1919 ab vorseht; 2. Der Senat wolle eine Vorlage entgegenbringen, die eine Erhöhung der Bezüge der unständig Beschäftigten vorseht. Schließlich beantragt die Kommission einstimmig: Der Senat wolle den Beamten und Angestellten einen Vorschuß gewähren, falls vor Weihnachten ein Rat- und Bürgerentscheid über die von der Kommission gestellten Anträge nicht herbeigeführt werden kann.

Die Kommissionsanträge unter den Ziffern 1, 2 und 4 beschloß der Bürgerausschuss einstimmig an den Senat gelangen zu lassen, den Antrag unter Ziffer 3 auf Antrag von Dr. Wittern an die Kommission zurückzuerweisen. Ferner beschloß der Bürgerausschuss, und zwar ebenfalls einstimmig, die beiden von der Kommission unter den Ziffern 1 und 2 beantragten Ersuchen sowie auch dasjenige auf eventuelle Gewährung eines Vorschusses an die Beamten und Angestellten an den Senat zu richten.

Die fliegende Ortsgruppe der Partei Drehseide ist aus ihrem einjährigen Suggestionszins erwacht, in den sie die Revolutionsereignisse gebracht hatte. Als Deutsche Volkspartei trat sie wieder ins Leben und sucht wie früher Dummheit für ihre selbstthätige Zwecke zu fangen. Auch dem Amtsblatt, das ja in allen Sätteln reitet, sofern volksfeindliche Utakaten unternommen werden, sind die von den Deutschnationalen etwas „linker“ gerichteten Außenfreunde der schwerindustriellen Establon liebreiche Kameraden. Haben doch beide das Bestreben, das durch ihre eigene Interessenspolitik geschaffene Elend auf die Revolution und die Volksregierung abzuwälzen und dadurch ihre Verbrechen am Volke zu verdecken. In einer öffentlichen Versammlung dieser sogenannten Volkspartei am Dienstag verlor ihr Generalsekretär Bende aus Kiel, die schmählige Politik seiner Partei dadurch zu verteidigen, daß er gegen alles bisher Geschaffene loszog und die wilhelminischen Zustände in den Himmel hob. Auf die neue Verfassung war der Herr nicht gut zu sprechen, weil die Faktion Drehseide ja wieder einen Kaiser haben will, der die Befegung wichtiger Staatsposten vornimmt. Denn der Referent schwindelte nach den „Eidenschaftigen Anzeigen“ seinen Lesern wider besseres Wissen vor, die Regierung lasse jetzt nur Parteirückfragen maßgebend sein. Früher war das anders. Da war jeder feudale Dödel fähig, in jede Staatsfregung aufgenommen zu werden. Und der Schließ-

Tirol will sich wirtschaftlich Deutschland anschließen.

Im Tiroler Landtage wurde nach Meldungen aus Innsbruck ein Antrag eingebracht, sofort mit der Staatsregierung in Wien Verhandlungen einzuleiten, damit diese beim Obersten Rat in Paris bewirke, daß Tirol mit dem deutschen Reich zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammenschlossen werde. Der Antrag wurde, nachdem jede Partei eine Erklärung abgegeben hatte, einstimmig angenommen. Der Anschluß an Deutschland soll durch Festlegung eines gemeinsamen Zollgebiets, sowie durch die Währungsvereinbarung und die Ernährungseinheit zum Ausdruck kommen. In politischer Beziehung soll Tirol bis auf weiteres bei Oesterreich verbleiben.

Das Friedensangebot der Sowjetrepublik.

Der Sondergesandte der Sowjetregierung, Litwinow, hat Mittwoch dem Korrespondenten des „Reuterischen Bureaus“ in Kopenhagen mitgeteilt, daß er den Vertretern der Alliierten in Kopenhagen im Auftrage seiner Regierung eine Resolution zugestellt habe, die als reelles Friedensangebot betrachtet werden soll. Sie sei am 5. Dezember auf dem siebenten großrussischen Sowjetkongreß in Moskau einstimmig angenommen worden. Es heißt darin: „Der siebente Sowjetkongreß bekräftigt seinen unänderlichen Wunsch nach Frieden, indem er nochmals allen Entente-mächten vorgeschlägt, sofort Friedensverhandlungen zu beginnen. Litwinow teilte dem Reuter-Korrespondenten weiter mit: Sollten die Vertreter der alliierten Regierungen sich weigern, ihren Regierungen eine solche Botschaft zu überbringen, so wird es vor der ganzen Welt hier zugezögert, daß die Alliierten kein Friedensangebot entgegenzunehmen wünschen. Die russische Regierung ist niemals so stark gewesen wie jetzt, und ihre gegenrevolutionären Feinde waren niemals so schwach. Sie kann deshalb so lange warten, wie die Alliierten wollen.“

Boten der Völkerveröhnung.

Reichspräsident Ebert empfing eine Kommission der orthodoxen Episkopalkirche Amerikas, die zurzeit Mittelamerika in der Abicht bereist, ihr schon jetzt bedauerndes Hilfswerk daselbst noch weiter auszubauen. Die Kommission, bestehend aus den Bischöfen Dr. Furt, Dr. Kälßen, William Sheppard, dem Examenenbenten Richardson sowie Dr. Sawyer und W. Crawford, berichtete Ebert über die in den schwer geprüften Ländern, insbesondere in Deutschland gewonnenen Eindrücke. Der Reichspräsident sprach der Kommission den herzlichsten Dank des deutschen Volkes für die bereits in so reichem Maße von den amerikanischen Methodisten eingegangenen, durch das deutsche rote Kreuz verstärkten Liebesgaben, aus, die in fast allen Teilen des Reiches zur Linderung der Not beigetragen haben. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß der Versuch der amerikanischen Geistlichen schmachvoll zwischen den normal feindlichen Völkern das neu entstandene Wohlwollen sichtbar zum Ausdruck bringe.

Rumäniens Gewalt Herrschaft.

Die rumänische Regierung hat aus Siebenbürgen gegen 8000 deutsche Beamte ungarischer Abkunft ausgewiesen. Sie müssen innerhalb 14 Tagen unter Zurücklassung ihrer Vermögen abziehen; nur die Abnahme von Kindern und Wägen ist ihnen gestattet worden.

Handel und Wucher, den die jetzige Regierung begünstigen soll, ist gerade durch die Werbepolitik der monarchisch gesinnten Parteien aufgekommene, aus ihnen stammen die Hauptschieber, die sich nicht entschließen, sogar während des Krieges notwendige Steuererhöhungen des Profites wegen nach dem Ausland zu schaffen. Was die Freie ist den Volksparteiern ein Greuel, weshalb sie von der Sozialisierung nichts wissen wollen und nur die Privatwirtschaft heilhalten, die ihnen unter kaiserlichem Schutz den Reichtum auf Kosten des Volkes brachte. Diese wollen sie verewigen, und damit die Folgen des verdrängerischen Krieges den Massen aufhellen. Das Kartenspiel werden diese aber rechtzeitig durchschauen und den Unterdrukungsgeistigen einen Strich durch ihre Rechnung machen.

Als Sonderverteilung für Weihnachten gibt es in diesem Jahre 250 Gramm gutes Mehl. Ferner wird es möglich sein, für die Weihnachtswoche eine erhöhte Ration von Streichfett auszugeben, und zwar gelangen in der Weihnachtswoche 100 Gramm Margarine sowie 100 Gramm gute Schokolade zur Verteilung. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß die Butter schon Ende der nächsten Woche in den Lebensmittelgeschäften zu haben sein wird. Es war ferner möglich, für die laufende Woche eine Verteilung von zuckerhaltigen Aufstrichmitteln vorzunehmen, in der in erster Linie Kunsthöngnis veräußert werden wird. Auf diese Weise wird es mancher Hausfrau möglich sein, zu Weihnachten selbst Gebäck herzustellen. — Das heißt, die Hambrurger Hausfrauen sind in dieser glücklichen Lage. Wieviel überrascht uns auch das süßliche Landesversorgungamt mit dieser Weihnachtsgabe!

Gewerkschaftsjährlicher Arbeit. Mit der Tagesordnung „Freie Gewerkschaften oder Arbeiter-Union“ hatten Donnerstagabend die hiesigen Unionisten (wahrnehmlich ein halbes Baderbüßend) eine öffentliche Volksversammlung einberufen, um ihre verbrecherische Spaltungsarbeit auch in die Gewerkschaften hineinzutragen. Der Besuch dieser Versammlung bewies schon, daß die Lübecker Arbeiterklasse für diese Herren nicht zu haben ist und so mußte der Redner des Abends „ein Hamburger Lehrer“ vor circa 120 Personen seine Schimpfepistel halten. Ein junger Lehrer ist sicherlich der Verufenste, alten erfahrenen Gewerkschaftsführern den Vorwurf des Verrats an Arbeiterinteressen vorzuwerfen. Ein solcher Mann, der sein „revolutionäres Gemüt“ erst dann entdeckt, als dieses ohne Gefahr war, erdreistete sich, der Arbeiterklasse zu empfehlen, ihre eigenen Kampfmittel zu zerstören. Welch ungeheure Unwissenheit er über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften bewies, wurde ihm dann auch klar und schlagen von dem Gen. Dreger nachgewiesen. Die Lübecker Arbeiter hatten Recht getan, diese Leute allein zu lassen und haben dadurch bewiesen, daß sie eine „Belehrung“ von solchen unberufenen Personen ablehnen. Daß sich in dieser Versammlung noch Leute wie Frank usw. produzierten, nimmt nicht wunder und wird nur der Vollständigkeit halber registriert. Ramen die Gewerkschaftsführer der Mehrheitspartei noch ganz glimpflich davon, wurden die der M. S. P. und vor allem der hiesigen Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bis heruntergerissen. Arme Dismänner! Die Geister, die ihr auflesen, werdet ihr nicht mehr los. Doch wir wollen in Rücksicht auf den wertvollen Platz unseres Blattes diese Herren verlassen und nochmals unserer Freude Ausdruck verleihen, daß die Arbeiter Lübecks durch ihr Fernbleiben diesen Schädlingen der Arbeiterklasse ihre Verachtung gezeigt haben. Mit allen Mitteln müssen alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, unbekümmert um politische Meinungsverschiedenheiten, soweit sie den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt haben, gegen diese Verderber vorgehen, rücksichtslos die statutarischen Rechte ihrer Organisation in Anwendung bringen, denn es gilt ein heiliges Gut zu verteidigen: „Die Kampfmittel der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf.“ In Lübeck, das hat die gestrige Versammlung bewiesen, haben diese Leuten keinen Boden. Das ist gut und so soll es bleiben, dafür wird der gesunde Sinn der Lübecker Arbeiterklasse sorgen. — A. D.

Schwurgericht.

Am Donnerstag hatte sich der 20jährige Schreiber Schorer aus Hamburg wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte war in Lübeck in einem militärischen Bureau als Schreiber tätig, wo auch Ausweise für Eisenbahnfahrten ausgehändigt wurden. Eines Tages nahm er sechs solcher vorgedruckten Formulare, stempelte sie ab und füllte die für die Gültigkeit erforderliche Namensunterchrift. Vollständig ausgefüllt, oder gar benutzt hat er die Ausweise nicht, da die Sache inzwischen entdeckt und sich festgestellt wurde. In der Verhandlung behauptete er, an die Benutzung der Fälschungen gar nicht gedacht zu haben. Der Staatsanwalt hielt versuchte Urkundenfälschung für vorliegend, während der Verteidiger dies verneint. Versuchte Urkundenfälschung läge erst dann vor, wenn der Angeklagte die Fälschungen zu verwenden versucht hätte. Es sei aber nicht einmal die Absicht der Benutzung festgestellt. Die Geschworenen bejahten die Frage der versuchten Urkundenfälschung; ebenso auch die Frage auf mildernde Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis, worauf das Gericht auch erkannte.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde dann gegen die Ehefrau Kelling, gegen eine Frau und eine Köchin verhandelt. Die Angeklagten haben sich wegen Abtreibung der Leibesfrucht zu verantworten. Die Hauptbeschuldigte ist die Ehefrau K. Sie hat ihre „Kunst“ und „Hilfe“ an mehreren hiesigen Frauen ausgeübt. Auch die beiden Mitangeklagten hatten sich zur Befreiung ihrer „Krankheit“ an sie gewandt. Das „Heilmittel“ bestand aber nicht in einem einfachen „Hausmittel“, wie eine der Angeklagten meinte, sondern in der Anwendung der Instrumente der Frau K. war recht gefährlich und hat teilweise sehr schlimme Folgen gezeitigt. Die Köchin mußte ins Krankenhaus gehen, während eine hiesige Frau nach dem Zeugnis des Arztes und Sachverständigen an den Folgen der Behandlung gestorben ist. Außer in einem Falle will Frau K. ihre „Dienste“ nie Geld gefordert haben. Die Mitangeklagten haben je 40 Wfr. unaufgefordert gezahlt. Als die Polizei von der Tätigkeit der Hauptangeklagten erfuhr, wurde sie in Haft genommen und ihr die Instrumente abgenommen. Sie wurde aber bald wieder entlassen, da man ihre Vergehen nicht für so schwer hielt. Raum war sie wieder auf freiem Fuße, so besorgte sie sich neue Instrumente und setzte ihre „Behandlung“ auch noch in solchen Fällen fort, die schon unter Auflage standen. Die eine Mitangeklagte hat nicht nur selbst die Hilfe der „Klugen Frau“ in Anspruch genommen, sondern ihr auch die Köchin als „Patientin“ zugeführt. Beide wollen aber nichts Strafbares begangen haben, da sie nur von ihrem „alten Leiden“ geheilt sein wollten.

Der Staatsanwalt nannte Frau K. eine entsetzliche Verbrecherin, wie es schlimmer keine geben könne. Sie hätte ihre Tätigkeit gewerbsmäßig ausgeübt. Derartige Personen müßten durch schwere Strafen unschädlich gemacht werden. Mildernde Umstände müßten verneint werden. Die Vergehen der beiden anderen Angeklagten seien nicht so schwer, obgleich eine der Mitangeklagten auch noch wegen Beihilfe zu bestrafen sei. Mildernde Umstände könne man diesen aber zubilligen. Die Verteidiger wägen für die weniger belasteten Angeklagten um Freisprechung, da ein Vergehen nicht vorliege. Auch der Verteidiger der Frau K. wünschte die Geschworenen, die Sache milder zu beurteilen. Die Geschworenen bejahten bei Frau K. in zwei Fällen die Hauptbeschuldigung. Bei den beiden anderen Angeklagten dagegen wurde die Schuldfrage verneint. Der Staatsanwalt beantragte darauf gegen Frau K. sechs Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus und Anerkennung der Verurteilung als Ehrerlosene auf 10 Jahre. Besonders hervorgehoben wurde es angeführt, daß die Angeklagte ihre verbrecherische Tätigkeit noch forsetzte, als sie schon unter Auflage stand. Eine sonderbare Auffassung von der Pflicht der Presse hatte die Verteidiger, der sich die größte Mühe gab, vom Gericht die Freisetzung der Pressevertreter zu erlangen und der ihnen, als im sein rücksichtslos gesinnter Vorhaben nicht gelang, besondere Vorwürfe aufzubringen wollte. Der Herr Schein vor Gericht noch was neu zu sein, sonst müßte man denken, daß es an Lübecker wie

anderen Gerichten ein selbstverständlicher Brauch ist, die Presse bei allen Verhandlungen zuzulassen. Eine Bezeugung, wie weit die Pressevertreter in der Berichterstattung zu gehen haben, bezeugen sie seitens der Verteidigung nicht. Das Gericht gab den Anträgen der Verteidigung nicht statt und ließ die Presse in vollem Umfange zu.

Die ersten Weihnachtsbäume sind bereits zum Verkauf angefahren worden. Gegen die Wucherpreise für Weihnachtsbäume schreitet die Berliner Polizei mit allen Mitteln ein. Weihnachtsbäume werden als Gegenstände des täglichen Bedarfs angesehen. Der Handel mit ihnen unterliegt deshalb den gemeinwirtschaftlichen Bestimmungen, insbesondere über Preisfreiheit. Den Polizeibehörden ist es zur besonderen Pflicht gemacht worden, mit allem Nachdruck vorzugehen. (Die gleiche Auffassung werden hoffentlich auch die Lübecker Behörden vertreten.)

Einverständnis der Goldkassensammlung. Wie der Verband der Lübecker Einzelhändler aus zuverlässiger Quelle in Berlin telegraphisch erfahren hat, soll das Gesetz über Einverständnis der Goldkassensammlung heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden und zwar mit Wirkung vom Tage der Verkündung.

Mieterversuche. Die Verhandlungen sind nunmehr soweit gediehen, daß am Mittwoch, dem 17. ds. Mts. die Gründungsversammlung stattfinden kann. Das Nähere wird noch durch unsere Zeitung im Annoncenenteil bekanntgegeben werden.

Stadttheater. Am Sonnabend findet die erste Wiederholung von „Der Bonohändler“ statt. Am Sonntag wird vormittags 11 Uhr das Mitzelspiel „Das Herzbünder“ wiederholt, nachmittags 2 Uhr im Fremdenabonnement, „Der Diamant“ gegeben. Zu dieser Vorstellung sind noch Plätze an der Theaterkasse zu haben. Abends wird „Rain“ und „Feuershot“ wiederholt.

Einbruchsdiebstähle. Einem in der Körnerstraße wohnhaften Kaufmann sind mittels Einbruch aus seinem Kontor 4 Kontorjaken, ein Damenmantel, 1 neue wollene Weste, 2 Risten Zigarren, eine leere Kassetten und eine Mahagonistühle gestohlen worden. — Ferner ist von dem Fahrrade, welches auf einem Hofplatz einer Fabrik in der Engelswisch stand, der Mantel und Schlauch des Vorderrades gestohlen worden. — Aus einem Drogenlager sind in der Nacht zum 11. ds. Mts. 3 Dukend Ringpfeife, 2 Dosen a 500 Stück Magagwürfel, 12 Dosen a 100 Stück Magagwürfel, 1 Dose a 1000 Stück Magagwürfel, 1/2 Kg. Salimilpastillen und 1 Kg. Gelatine mittels Einbruch gestohlen worden.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Kellner aus Süllge, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls und Betruges strafrechtlich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ein in der Düstere Querstasse wohnhafter Tapeziergehilfe, der in Gemeinschaft mit einem bereits festgenommenen Klempner aus Süllge einem hiesigen Klempnermeister Bleirohre und Werkzeuge gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ein an der Mauer wohnhafter Kulischer, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls strafrechtlich verfolgt wurde.

Wieder erwischt. Donnerstag nachmittags erkannte ein den Strafzungen in Lauerhof nahestehender junger Mann einen Passanten der Burgtorbrücke als denjenigen wieder, der vor einiger Zeit aus der Strafankalt Lauerhof als Strafgefangener entwichen war. Er machte von seiner Wahrnehmung einem auf Posten befindlichen Unterwachtmeister der Sicherheitspolizei Meldung. Als der Sicherheitspolizei das Aussehen anhalten wollte, ergriff dieser, wie auch sein Begleiter, die Flucht. Da beide auf den dreimaligen Halt des Sicherheitsbeamten nicht standen, gab dieser einen Schreidlaf auf die Flüchtlinge ab. Darauf wurden die Passanten aufmerksam und ein Kadfahrer nahm die Verfolgung der beiden auf. Hierdurch gelang es, beide zu stellen und sie in die Kriminalpolizei zu schaffen. Der eine, Wilhelm Buzmeister, geboren am 22. 9. 95 in Lübeck, wurde als Strafgefangener der Strafankalt Lauerhof wieder zugeführt, während sein Begleiter, Robert Tamn, geb. am 1. 3. 93 in Lübeck, festgenommen wurde, weil ihm nachgewiesen werden konnte, daß er an mehreren hier ausgeführten Einbruchsdiebstählen beteiligt gewesen war. Tamns Komplizen befinden sich schon seit geraumer Zeit hinter Schloß und Riegel.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein fingierter Raubüberfall. Wie wir kürzlich mitteilten, fand man die Schneiderin Behring, die in der Wohnung der Verkäuferin Frau Albers, Steindamm 17 arbeitete, an Händen und Füßen an einen Stuhl gefesselt auf. Aus einem Büfett spülten Schmutzfäßen und Bargelder, angeblich im Werte von einer halben Million Mark. Die Tat war während der Abwesenheit der Wohnungsinhaberin geschehen, die von einer Frau Waad durch einen fingierten Aufruf aus der Wohnung gelockt worden war. Die Untersuchung des Raubüberfalles hat ergeben, daß die Sache fingiert war.

Hamburg. Gegen die „Produktion“ wurden vor einiger Zeit in einer Innungsverammlung der Schlachter Vorwürfe wegen Geringwertigkeit der von ihr hergestellten Fleischkonserven erhoben. In der Versammlung ist von verschiedenen Rednern ausgeführt, sie könnten aus eigener Erfahrung über die „unerhörte Art und Weise“ berichten, in welcher während der Kriegszeit in der „Produktion“ bei der Herstellung von Fleischkonserven verfahren worden sei. Das Kriegsversorgungsamt hat sofort, nachdem es von diesen Vorwürfen Kenntnis erhalten hat, durch einwandfreie Privatfachverständige sowie durch die beamteten Sachverständigen den Betrieb der „Produktion“ überholen und die vor ihr hergestellten Fleischkonserven nachprüfen lassen. Einkinnig sind die Sachverständigen, darunter auch Vorstandsmitglieder der Schlachterinnung, zu dem Ergebnis gelangt, daß die von der Schlachterninnung gegen die „Produktion“ erhobenen Vorwürfe in allen Punkten völlig unbegründet waren. Die Gutachten der Sachverständigen und der Privatfachverständigen bestätigen ebenfalls unter anderem, daß das Fleisch in den Dosen auffällig feithaltig sei; Aussehen, Geruch und Geschmack seien von tabelloser Beschaffenheit. Auch das Gewicht ist als richtig festgestellt. Die Ueberholung des Betriebes selbst durch die Polizei hat ebenfalls von keinerlei Beanstandungen des Betriebes Veranlassung gegeben. — Das Ganze entpuppt sich also als eine dumme Hege gegen einen genossenschaftlichen Betrieb aus Konkurrenzneid.

Hamburg. Vermilderte Soldateska. Vor einigen Tagen ist in dem Orte Fintel bei Rotenburg ein Transport Truppen aus dem Baltikum, die demnächst abgerüstet werden sollen, einquartiert worden. Wie schon berichtet, haben Teile dieses Transportes in Buchholz einen Güterzug beraubt. In Fintel und Umgebung haben sie nun Pferde, Maschinengewehre, Handgranaten und sonstige Ausrüstungsgegenstände an die Landbevölkerung verkauft. Der Transportführer war gegen dieses Treiben machtlos, er hat sich deshalb an den hiesigen Landrat gewandt, um Entsendung einer Gendarmenpatrouille, um diesem Treiben ein Ende zu machen und die verschleuderten Heeresgegenstände wieder herbeizuschaffen. Die Gendarmenpatrouille ist bereits abgerückt. Die Herren aus dem Baltikum glauben offenbar, ihre dort geübte Räuberromantik hier fortsetzen zu können.

Schleswig. Venderung der Schleswigischen Kontrolllinie. Die Kontrolllinie für das Schleswiger Abstammungsgebiet, die die Verschiebung gewisser Waren nach Norden verhindern soll, ist, weil die gemündete Grenzlinie des Abstammungsgebiets unpraktisch für die Kontrolle ist, ein Stück weiter südlich verlegt worden. Sie erstreckt sich nun von Hattstedt im Kreise Dülmen in großer Linie nach der Ostküste bis Rappeln. Der Bahn- und Landtransport nordlich der Linie ist abhängig von der Genehmigung des Demobilisationskommissars in Schleswig.

Sonderburg. Eine schwere Verbrechen ist in Ueberbacht worden. Eine jüngere Witwe aus Rusch hat zwei im Oktober 1918 und im Oktober 1919 geborene Kinder umgebracht. Die Mörderin, die auf einem Sofa in

Lübeck selbst beschäftigt war, ist geständig. Danach hat sie das eine Kind in einen Sack gesteckt und in einen Teich geworfen, das andere getötet und im Garten vergraben.

Mau in Meßlg. Da das Fleisch bleibt. Auf dem Bahnhofe Ganslin erregte ein Wagon Stroh, der als Eilgut nach Köbel nach Berlin gehen sollte, Mißtrauen. Bei näherer Prüfung der Ladung fand man in demselben 30 Zentner Rind- und Schweinefleisch, das auf diese Weise nach Berlin verschoben werden sollte. Das Fleisch wurde beschlagnahmt und auf der hiesigen Freibank verkauft.

Bremerhaven. Afforarbeit. Bei der Abstimmung in den Betrieben des Norddeutschen Lloyds, der Unterwermerwerk und der Norddeutschen Werft wurden 1278 Stimmen für und 359 Stimmen gegen die Afforarbeit abgegeben. In Westmünde stimmten 342 für und 1884 gegen den Affor, jedoch auf den Werften von Tecklenburg und Seebed die Einführung beschlossen ist. Die kommunistischen Mitglieder des Arbeiterrats der A.-G. Weser in Bremen sind zurückgetreten.

Sehe. Bauern als Landesvertreter. Die Seher mehrten sich, daß die Agrarier die Zeit zum Loschlagen für gekommen erachten, um der so verhassten Zwangswirtschaft, die die Regierung im wohlverstandenen Interesse der Volksernährung noch nicht beseitigen will, ein Ende zu machen. Am Sonntagvormittag traf eine Feststellungskommission in dem Orte Spaden (R. Sehe) ein, um die Revision bei den Landwirten anzunehmen. Da wurden plötzlich die Sturmgloden geläutet und das Haus, in dem sich die Kommission befand, von mit Gewehren und Miltagabeln bewaffnete Bauern umzingelt. Die zehnter Bauern machten Miene, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, so daß der Kommission nichts anderes übrig blieb, als von der beachtlichsten Revision Abstand zu nehmen. Auch in Laven (R. Sehe), wo die Kommission die Revision vornehmen wollte, leisteten die Bauern bemessenen Widerstand. — Gegen diese Sorte von Volkservätern und Volksausbeutern sind die Wuchergerichte geschaffen. Das sofort vollstreckbare Urteil kann nur auf Zuchthaus lauten.

Neueste Nachrichten.

Die deutsche Antwortnote nach Paris unterwegs.

II. Berlin, 12. Dezember. Die deutsche Antwortnote ist gestern nach Paris geschickt worden, nachdem der Gehaltendang im Kabinettsrat gebildet worden war. Sie dürfte heute abend durch den Gehaltendang von Lesner dem Vertreter des Obersten Rates, Herrn Dufasta, übergeben werden. Die Note betont den Wunsch der deutschen Regierung, den Frieden baldigst in Kraft treten zu sehen und ihre aufrichtige Bereitschaft zur Beschleunigung der Schlichtung beizutragen. Das Entgegenkommen, das man in den Ausführungen der Ententente finden konnte, wird mit dem gleichen Entgegenkommen erwidert. Es wird gesagt, daß es sich empfehlen würde, vor der Ratifikation eine Verständigung über die Frage der Entschädigung für Scapa Flow herbeizuführen, und daß die deutsche Regierung zu diesem Zweck eine Kommission nach Paris senden werde. Diese Kommission ist nun gebildet worden. Sie hat keinen politischen Charakter, sondern ist eine Faktokommission, an der Sachverständige aus Hamburger Reedereizirkeln teilnehmen.

Die ungünstige Lage der pommerischen Landwirtschaft.

III. Stettin, 12. Dezember. Die Landwirtschaftsminister für die Provinz Pommern berichtet über die Lage der pommerischen Landwirtschaft im Monat November: Die Frostperiode überhäufte die Landwirtschaft mitten in der Safruchernte. Nicht weniger als 35 000 Morgen Kartoffeln befinden sich nach Feststellung der Kreise noch im Erdboden. Schätzungswese sind noch 15 bis 20 Prozent der zur Wintergetreidebestellung vorgezeichneten Felder noch unbestellt. Der Zuchtviehbestand der Provinz ist in der Anzahl seines Bestandes weiterhin zurückgegangen. Um die Milchkuhe zu schonen, gelangten häufig sogar tragende Fersen zur Ablieferung.

Thorn als polnische Provinzialhauptstadt.

III. Danzig, 12. Dezember. Der zukünftige polnische Oberpräsident von Westpreußen, der Wojewode von Pommernellen, Herr von Rajewski, hat seinen Wohnsitz in Thorn, der zukünftigen Provinzialhauptstadt, genommen. Die zukünftige polnische Provinzialverwaltung und das bisherige Unterkommissariat für Westpreußen wird gleichzeitig von Danzig nach Thorn übergesiedelt.

Frankreichs Vorbereitungen zum Vormarsch.

III. Karlsruhe, 12. Dezember. Die Straßburger Zeitungen veröffentlichen eine Verordnung des Straßburger Militärkommandanten, wonach die Garnison Straßburg von Donnerstag ab im mobilen Zustande steht. Die Ein- und Ausreise in und aus dem Stellungsbereich Straßburg ist damit von der Erlaubnis des Militärbefehlshabers abhängig gemacht.

Die Verluste der Bolschewisten an der Newafront.

III. Kewal, 12. Dezember. Nach Kämpfen, die 20 Tage andauerten, ist die Ruhe an der Newafront zurückgekehrt. Die Bolschewisten, die dort über 100 000 Mann verfügten, haben in diesen Kämpfen 25 bis 30 000 Mann verloren. (???)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

1166

Arbin
strahlt gar zu schön sagt Rieke
wenn ich auf meine Stiebeln kicke

Schönputz „Arbin“ überall zu beziehen. Fabrik: Urban & Lemm, Gladbeck.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung der hiesigen Tabakfabrik Ehr. Foto ist es infolge Verarbeituna von amerikanischen Tabaken des hohen Gold-Preises und der steigenden Arbeitslöhne nicht mehr möglich den bisherigen Verkaufspreis von Mk. 0.40 für die Rolle Kautabak aufrechtzuhalten. Der Preis ist für die folgenden Ausgaben auf Mk. 1.80 für eine Rolle Kautabak festgesetzt. Lübeck, den 11. Dezember 1919. (11862)

Das Landesverorgungsamt.

Preise für wilde Wasservögel.

(Siehe Gesetz betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (RdBl. S. 516).

Für den Verkauf wilder Wasservögel der nachbezeichneten Art gelten folgende Höchstpreise:

- 1) Rappen (etwa 1 1/2 bis 2 Pfund) das Stück Mk. 2.—
2) Kricken (etwa 1 Pfd.) 4.—
3) Zaucher, kleine (etwa 1 1/2 bis 2 Pfd.) 2.5
4) Zaucher, große (etwa 3-4 Pfd.) 5.—
5) Schwarzpögel Nachtvögel (etwa 3-4 Pfd.) 5.—
6) Streifpögel (etwa 3-4 Pfd.) 8.—
7) Klaushäne u. Hennen (etwa 1 1/2-2 Pfd.) 3.—
8) Grauenten, kleine (etwa 2 1/2 b. 3 Pfd.) 6.—
9) Grauenten, große u. Schwarzenten (über 3 Pfd.) 8.—
10) Guckgänse, Edergänse (etwa 4 bis 6 Pfd.) 10.—
11) Wildente (Stocente) (etwa 3 bis 4 Pfd.) 8.—

Die früheren Höchstpreisfestsetzungen sind aufgehoben. Lübeck, den 11. Dezember 1919. (11878)

Das Landesverorgungsamt.

Mittelschulen.

Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern 1920 aufzunehmenden Kinder hat bis zum Beginn der Weihnachtsferien bei den Direktoren der Mittelschulen während der Sprechstunden zu erfolgen.

Bei der Anmeldung ist anzugeben: 1. der Geburtsort und die Wohnstätte, wenn diese nicht vorhanden ist, der Geburtschein des Kindes, 2. der Schein über die Wiederimpfung, wenn das Kind über 12 Jahre alt ist, 3. das letzte Schulzeugnis, wenn das Kind bereits eine andere Schule besucht hat. (11847)

Lübeck, den 6. Dez. 1919.

Die Oberstudienbehörde.

Grete Bergmann Heinrich Engel Verlobte.

Lübeck. Schwartau, 11852) z. Zi. Lübeck.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Hochzeit danken herzlich Peter Rüscher u. Frau Maria, geb. Freitag.

Für die Glückwünsche u. Geschenke zu unserer Silberhochzeit insbesondere den Herren iom. den Beamten u. d. Arbeiterkassier der Firma Goehart sagen wir allen unsern herzl. Dank. With. Reich u. Frau. Siemens.

Sozialdem. Verein Ortsgruppe Travemünde.

Nachruf.

Am Sonntag starb unsere Genossin Anna Wallmann. Ihre ihrem Andenken! (11877) Der Vorstand.

Junges Mädchen sucht Beschäftigung im Kontor oder Geschäft gl. m. Art. Ang. u. SF an d. Grd. (11857)

2 Schneidergehilfen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Karl Warkentin, Schneidersmeister. Georstr. 19 d. (11888)

Ein leeres Zimmer mit Kochgelegenheit gef. Angeb. u. Z an d. Grd. (11871)

Für ein Hotel ein leeres Zimmer gef. Angeb. u. Z an d. Grd. (11885)

Für ein Hotel ein leeres Zimmer gef. Angeb. u. Z an d. Grd. (11885)

Für ein Hotel ein leeres Zimmer gef. Angeb. u. Z an d. Grd. (11885)

Bliesoldaten zu verkaufen Glinki, Rosenstraße 1. (11869)

K. u. H. Schmidt, Brotstr. 60, III., Tel. 3 fr. gel. Kodelsch. Schlittich, f. 121. Mädch., E. u. c. R. (11866)

Zu verkaufen Sommerfronchhaus, garniert. (11858) Ludwigsstr. 5, I. 1 drit. Schneiderloft. (schl. Fig.) u. wert. 1 B. Schuhe. Gr. 38, p. H. z. 2. gel. (11856) Warendorstr. 19a.

Zu k. gel. e. Kinderwagen. Ang. m. Br. u. A R an die Fried. d. Bl. (11855)

Zu k. gel. e. guterhaltene Krugengarn. für die Küche. Ang. m. Br. u. B 29 a. die Fried. d. Bl. (11854)

2 med. Weierichwunden als Weihnachtsges. post. billig zu verk. (11873) Kanalstraße 22, nt.

Verkauf Luchs- und Kropftauben (11891) altschweid. Danwartstraße 23.

Winterkohl 1/2 u. 1/4-Zentnerweise, hat abzugeben (11865) H. Schweimer, Rebenstraße 75.

Gras harfe Hand-Blodwagen 3-8 Jhr. Tragkraft Karl Schulmerich, 11839) Mühlentstr. 28.

Rasiermesser u. Apparate in reichhaltiger Auswahl Oldorf Huxstr. 50. Fernspr. 1251.

J.G. Bein Am Markt 12, Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erdillige Hauswirtschaftswaren + Spezialwaren für Betten, Bettdecken und Decken + Herren- u. Damen-Garderoben Arbeiter- und Bedienstetung.

Moderne Schmucksachen. 11 Trarings, verbl. Porzel. Bestecke, Silber und verbl. Goldschmied Teilgreve, 11842) 92 Königsr. 92.

Wohlfahrtsamt Lübeck.

Fürsorge für Kriegs- u. Zivilgefangene.

Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen

Sonntag, dem 14. Dezember 1919, vorm. 11 1/4 Uhr, in der Stadthalle.

Zu der Feier ergeben besondere Einladungen. Heimgekehrte Kriegsgefangene und andere Personen, die an der Feier teilnehmen möchten, denen aber eine Einladung nicht zugehen sollte, werden gebeten, die Eintrittskarten im Bureau der Fürsorge, Untertrave 104, Zimmer 37, anzufordern. 11848

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Einladung zum Ball

verbunden mit Kinderbescherung und Überraschungen am Sonnabend, dem 13. Dezember 1919, im Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50/52. Kinderbescherung von 5-7 Uhr. (11892) Ballanfang 7 Uhr. Ende? Um recht regen Beteiliguna bittet Das Festkomitee.

Kolosseum Sonnabend, 13. Dezb. (11898) Anfang 6 Uhr. Heintr. Ohde.

Sparklub „Puhl aff“ Gr. Ball

in den Central-Hallen, Dankwartsgrube am Sonnabend, dem 13. Dezember 1919. Kassenöffnung 6 Uhr. (11854) Anfang 6 1/2 Uhr. Herren 1.50 Mk. Damen 1.— Mk. Das Komitee.

„Das Zahnpulver No. 23“

gesetzlich geschützt die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt Paul Bahr in 2 Packungen. „Rosa“: erhält die Zähne gesund und blendend weiss; „Weiß“: zahnsteinlösend, reinigend. (11849) Man verlange No. 23 mit Namenszug ausdrücklich Zahnarzt P. Bahr in Lübeck in allen Apotheken und Drogerien.



Zahnchen bewahren es, daß Sie viel Geld, Ärger u. Verdruß sich ersparen, wenn Sie Ihren Bedarf an Musikinstrumenten sowie Reparaturen machen bei A. M. Flügel, obere Aegidienstraße 9, am Klängenberg. Dabei ist einzigste u. größte Werkstatt mit Kraftbetrieb dieser Branche am Plage. Lieferant hiesiger u. auswärtiger Militär- u. Zivilkapellen. (11884)

Haltbare Holzträger Weiße Kragen zum Selbstwaschen. Krawatten 11841. Papier-Wäsche. Aug. Janensch Sandstraße 6.

Frostmittel probartig lindernd Ferd. Kayser

Deutscher Bauarbeiter-Verbd. Zahlstelle Schwartau. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, d. 14. Dez., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthaus Süße, Rensfeld.

Tagesordnung: 1. Die Rechte und Pflichten der Vauodelegierten. 2. Innere Verbandsangelegenheiten. 3. Berichtendes. (11889) Der Vorstand.

Praktischer Wegweiser Erachtet sich durch diese empfehlensw. Geschäfte zur gef. Beachtung verpflichtet.

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868 Dorsstr. Verkehrs-Zentrale. Übernehmung und Beförderung von Reisegeld.

Bavaria-Brauerei Lager-Bier Niedertage Lübeck. Lübeck, 63a Tel. Nr. 474.

Die Ware der Schlößbrauerei Kiel. In Lübeck, 63a Tel. Nr. 474.

Zigarettenhandlungen. In Lübeck, 63a Tel. Nr. 474.

Stadthallen - Lichtspiele

Das größte und modernste Lichtspiel-Theater am Platze. Mühlentbrücke 13.

„Das große Ereignis“ vom 12. bis 15. Dezember.

!! Der sprechende Film !! Nur 4 Tage!

Wenn Männer streiken!

Filmoperette in 5 Akten unter persönlicher Mitwirkung namhafter Künstler u. Künstlerinnen. In der Hauptrolle: Lotte Werkmeister v. Metropol-Theater, Berlin; Gurt Westermann vom Theater in der Königgrätzer Straße, Berlin.

Wenn ein Mädchen hübsch ist!

Drama in 5 Akten nach dem Roman „Im Wasserkeller“ von Heimburg. (11887) Da die Aufführung der Filmoperette mit kolossalen Unkosten verbunden ist, sind wir gezwungen, die Preise der Plätze um M. 0,50 pro Platz zu erhöhen. Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.

Fledermans

Direktion: H. Todt. Fünfhausen 17/19.

Neu! Kabarett-Diele. Neu!

Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm Täglich abends 8 Uhr. Werner Alberti, Kammergesänger. Fränzi Sylva, Opernsängerin. Hans Lützw., Ballettmeister u. Solotänzer v. d. Staatsoper Berlin.

Gebr. Pentsch, Exentric-Tänzer. Ball und Orchester: Kapellmeister Hans Elvers. Täglich nachmittags 4-Uhr-Tea: Auftreten sämtlicher Künstler. Echte Biere, - Echte Weine. Kaltes Buffet.

Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele. 25 Johannisstrasse 25 früher „Monopol“. Spielzeit vom 12. bis 15. Dezember. Sensationsschlager!

Der Herr der Liebe Die Papier-Spur

Lustspiel. 11886

Einsegl. Gr. Familienball

Morgen Sonnabend: Anfang 6 Uhr. (11889)

Jeder trinkt Lübecker Bürgerbräu

Aktienbrauerei Lübeck. Aktie 100 Mark. In Lübeck, 63a Tel. Nr. 474.

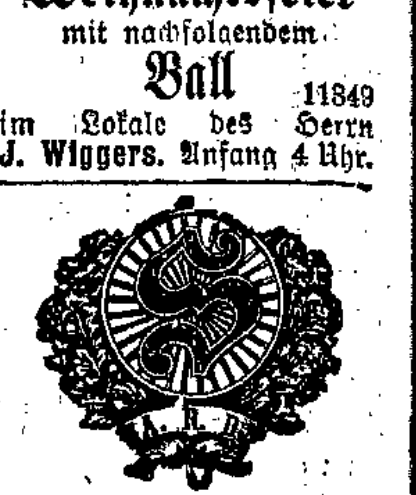
Trinkt Lübecker Vereins-Bräu. In Lübeck, 63a Tel. Nr. 474.

Secretz. Rasier- u. Haar-

schneide-Stube M. Scharffe, Mühlentstr. 2. Nehme Pelze u. Muffen z. Reparieren u. Umarbeiten an. Bagul, (11872) Fischerstraße 28, part.

Massiv goldene Trauringe zu billigsten Preisen empfiehlt 11885 Matern, Georstr. 26.

Sozialdem. Verein Lübeck Ortsgruppe Moorgarten. Am Sonntag, d. 21. Dez. Kinder-Weihnachtsfeier mit nachfolgendem Ball 11849 im Lokale des Herrn J. Wiggers. Anfang 4 Uhr.



Arbeits- u. Kadet-Bund „Solidarität“

Mitgliedschaft Lübeck. Zu unserem am Sonntag, dem 13. Dezember im „Waffenhof“ stattfindenden Kammers werden hierdurch sämtliche Mitglieder eingeladen. Eintritt frei. Einführung bis zwei Personen gestattet. Selbstige haben sich dabei selbst beim Boten zu melden. (11874) Der Vorstand.

W. Feddern Restaurant, Glodengleberstr. 28.

Großes Auspielen von lebenden Gänsen, Enten, Hühnern und Kaninchen am Sonnabend, d. 13. u. Sonntag, dem 14. Dezb. auf einem Ziehbilliard. Anfang 2 Uhr. (11879) Es ladet ein W. Feddern.

Hansa-Theater

Freit.: Die Faschingsiege. Sonnabend, 7 Uhr: Die Czardasfürstin. Sonntag: 2 Vorstellungen. 2 1/2 Uhr: Gr. Märchen mit Ballett. Achenbrödel. (Halbe Preise.) 7 Uhr: Doppel-Gastspiel Walter Ruhtisch Hertha Heine (11844) im Schwarzwa'admädel.

Stadtheater Lübeck

(11881) Freitag, den 12. Dezember: 12. Vorstellung im Freitag-Abonnement. Anfang 7 Uhr. Der Troubadour. Oper in vier Akten von G. Verdi.

Sonnabend, 13. Dezember: Der Vogelhändler. Sonntag, den 14. Dezb.: Anfang 11 Uhr. Außer Abonnement. Morgensfeier. Das Herzwunder. Anfang 2 Uhr. 5. Fremdevorstellung. Der Diamant. Anfang 7 Uhr. Kain. Feuersnot.

Der Mordprozess Lindner.

Die Akten im bayerischen Landtag vor Gericht.

Vor dem Volksgericht am Landgericht in München hat am Dienstag die Verhandlung gegen den Kegler Lindner und Genossen wegen des Revolverattentats auf den Minister Auer und der Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Deserl und des Majors im Generalstab Garetz begonnen. Das Gerichtgebäude war durch ein starkes Soldatenaufgebot geschützt. Ein Protest Lindners gegen das Volksgericht und sein Verlangen, durch ein Schwurgericht abgeurteilt zu werden, wurden zurückgewiesen.

Bei der Vernehmung bekannte sich Lindner als Unabgängiger. Erst seit der Revolution ist er politisch organisiert, will aber von jeder sozialistische Einstellung gesagt haben. Er schilderte dann, wie er mit der Zeit dazu gekommen ist, in Auer einen Verräter der Revolution zu sehen. Deshalb habe er gegen Auer einen unauslöschlichen Haß gehabt. Bei dem Dezemberputsch sei er mit in der Wohnung Auers gewesen und habe diesem drei- bis viermal entgegengerufen: „Du gemeiner Verräter!“ Am 21. Februar habe es allgemein sofort geheißen: Auer sei Schuld an der Ermordung Eisners. Er sei dadurch so aufgeregt gewesen, daß er sich nicht mehr in der Gewalt habe und deshalb nicht genau wisse, was im Landtage vorgegangen. Sicher sei, daß er mit dem Mitangeklagten Frisch über seine Absicht nicht gesprochen habe. Er habe zweimal auf Auer geschossen. Als er den Saal verließ, sei ihm ein Herr entgegengetreten. Er habe geglaubt, daß dieser auf ihn schießen wollte, und habe in der Ansicht, daß er in Notwehr handle, diesen niedergeschossen. Von der Tribüne sei auch heruntergeschossen worden. Er stelle aber in Abrede, daß er selbst auf den Abg. Deserl geschossen habe. Das müsse von anderer Seite geschehen sein. Nach der Tat sei er geflohen und in Wien und Budapest gewesen, wo er Propagandist der ungarischen Räterepublik war.

Vorherrschend: Empfinden Sie Reue über Ihre Tat oder würden Sie Auer wieder erschießen? — Angeklagter: Als Mensch empfinde ich Reue über das, was ich gemacht habe. Als Politiker aber nicht, denn Auer war ein Volksverräter und als solcher gehörte er weg von der Politik.

Der zweite Angeklagte, Wader Frisch, behauptete nicht nur, unschuldig zu sein, sondern will auch alles getan haben, um Lindner von der Tat zurückzuhalten. Auch er bezieht sich wie Lindner auf seine Neigung zur Epilepsie und stellte sich als Befürworter der Rettungsmedaille vor. Er hat 1918 zwei Knaben v. m. Tode des Ertrinkens gerettet.

Der dritte Angeklagte, Graveur Märker, war vor der Revolution ebenfalls politisch nicht organisiert und ist erst dann den „Unabhängigen“ beigetreten. Märker hat Lindner nach der Tat in seiner Wohnung Unterkunft gewährt, wie er sagt, aus Mitleid und Angst zugleich. Der letzte Angeklagte Schlund schließlich bestritt, was die Anklage ihm zur Last legt, nämlich den Kraftwagen für die Wegschaffung des Lindner aus München bereitgestellt zu haben.

Bei der Zeugenvernehmung befandete Frau Auer, die Gattin des Ministers, daß ihr schon Wochen vor der Tat gesagt worden sei, ihr Mann solle nicht in seine Wohnung zurückkehren oder nicht ohne Begleitung fortgehen, weil im revolutionären Arbeiterrat beschlossen worden sei, ihn zu beseitigen. Ihr Mann habe aber keine Furcht gehabt. Auch in der Wohnung Erich Mühlhams sei wiederholt gesagt worden, Auer müsse beseitigt werden.

Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte im Jahre 1918.

Aus dem dieser Tage herausgegebenen Geschäftsbericht unserer Landesversicherungsanstalt entnehmen wir u. a. folgendes: Wie in den Vorjahren, so wurde auch im Jahre 1918 die Geschäftstätigkeit vom Kriege beeinflusst. Die Zahl der Neubemittelungen an Altersrenten belief sich im Berichtsjahr auf 1227, die Zahl der Invalidenrenten auf 2179 und die der Krankenrenten auf 3108. Die Hinterbliebenenversicherung ist am 1. Januar 1912 in Kraft getreten. In welcher Weise hier eine Belastung der Landesversicherungsanstalt durch den Krieg

stattegefunden hat, ergibt sich aus folgenden Zahlen, nach denen festgestellt wurden:

	Witwen- und Witwenrenten:	Witwenkranken- renten:	Waisen- renten:
1914	653	47	1417
1915	1004	82	3785
1916	1344	139	6686
1917	1890	229	9308
1918	2408	301	11440

Die Folgen des Krieges zeigen sich auch in der Steigerung der Krankrenten, die beträchtlich bei vorübergehender Invalidität vom Beginn der 27. Woche nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit bewilligt werden. Von diesen Renten wurden neu festgelegt: 1914 561, 1915 1195, 1916 4539, 1917 3936, 1918 3108. — Von 1912—1918 wurde Witwengeld gewährt in 8881 Fällen, Waisenaussteuer in 249 Fällen.

Die Anträge auf Einleitung des Heilverfahrens erfüllen gegen das Vorjahr eine Zunahme von 11 Prozent, blieben aber gleichwohl hinter der Zahl des letzten Friedensjahres um 17 Prozent zurück. Die im Jahre 1918 eingegangenen Anträge setzen sich zusammen aus 3321 Anträgen, darunter 1465 männliche und 1856 weibliche Personen auf künftige Behandlung in einer Heilanstalt, Gemeinshaus, Badeort, Krankenhaus und dergl., und 2798 Anträgen, darunter 1089 männliche und 1709 weibliche Personen auf unständige Behandlung (einmalige Behandlungsmassnahmen, wie Beschaffung künstlicher Glieder, Stützapparate, künstlicher Gebisse usw.). Dazu kommen noch 1191 Anträge, darunter 502 männliche und 689 weibliche Personen, so daß 1918 insgesamt 7310 Anträge zur Entscheidung standen. Hier von wurden genehmigt 3304, abgelehnt 1789, anderweit erledigt 759, auf das Jahr 1919 übernommen 1368. Von den 3304 Fällen der Genehmigung handelte es sich bei 1550 Versicherern um Behandlung in einer Heilanstalt, Gemeinshaus, Badeort, Krankenhaus und dergl., bei 1844 Versicherern um einmalige Massnahmen, und zwar in 9 Fällen um Beschaffung künstlicher Glieder, in 94 Fällen um Beschaffung von Stützapparaten, Stützkorsetts usw., in 1741 Fällen um die Beschaffung künstlicher Gebisse.

In den Heilanstalten für Beinleidende stellte sich die Zahl der Sprechstundenbehandlungen in Hamburg auf 18734, in Bremen auf 1718 und in Lübeck auf 391. In den Kurorten stellen für Lungenerkrankte in Hamburg, Lübeck, Bremen und Bremerhaven wurden 7682 Personen neu in Fürsorge genommen. In den Kurorten für Geschlechtskrankte betrug die Anzahl der erstmaligen Beratungen in Hamburg 1523, Lübeck 184, Bremen 137, Bremerhaven 32, Cuxhaven 20. Gegenüber dem Vorjahr stieg hier die Zahl der Beratungen um 727 = 31 Proz., die Zahl der Beratungen um 2270 = 57 Proz. und die Höhe der Aufwendungen um 21886,75 M. = 77 Proz.

In Waisenfürsorge befanden sich 887 Kinder. Weiter befand sich im Berichtsjahr 972 tuberkulose und tuberkulosebedingte Kinder lebender Versicherten in Heilfürsorge.

Für die Kriegswahlfahrtsfürsorge wurden von 1911 bis 1918 aufgewendet 3145198,05 Mark. Weitere Ausgaben wurden gemacht für das Arbeiterwohnungswesen, zur Fürsorge für kinderreiche minderbemittelte Familien, für die Beinleidenden, die Säuglingsfürsorge, die Waiderschulungsstätten, für Bekämpfung der Lusus- und Krebskrankheiten, zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs usw.

Nach der Uebersicht über die Einnahmen und die Ausgaben gestaltete sich der Abschluß wie folgt:

Die Einnahme hat betragen	M 31 144 417,02
Die Ausgabe hat betragen	„ 30 434 300,40

Mithin ergibt sich Ende 1918 ein Vorkbestand von M 710 116,62

Während die Einnahmen aus Beiträgen von 9829342,01 M. im Jahre 1918 auf 6589255,59 M. im Jahre 1916 fielen, ist im Jahre 1918 bereits wieder eine Steigerung bis auf 749673,27 M. eingetreten. Die vermehrte Beitragseinnahme ist mit auf die eingetretenen Lohnrückstellungen zurückzuführen, wodurch ein Aufwärtigen in höhere Lohnklassen erfolgte. Den vermehrten Einnahmen aus Beiträgen stehen aber auch die ganz erheblich gestiegenen Ausgaben entgegen. So betragen z. B. die Kosten der Einziehung der Beiträge 1918 460703,95 M. bei einer Einnahme von 9829342,01 M., 1918 dagegen bei einer Mindereinnahme von über 2 Millionen 461473,23 M. Aber auch bei den Renten, beim Heilverfahren usw. macht sich eine erhebliche Steigerung der Ausgaben bemerkbar. Hoffen wir, daß es den Landesversicherungsanstalten auch in Zukunft möglich sein wird, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, sowie auch den zeitweiligen entsprechenden Verbesserungen weiter eintreten lassen zu können.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 12. Dezember.

Unpassung an die Weltmarktpreise.

Wir leben im Zeitalter der Schlagworte. Vielfach jonglieren wir mit Worten, für die uns die rechten Begriffe fehlen. So geht es auch den meisten Menschen, die mehr oder minder gedankenlos die „Anpassung an die Weltmarktpreise“ predigen. Sie wissen nach, daß zwischen den Inlands- und Auslandspreisen eine gewaltige Kluft besteht, daß z. B. der Getreidepreis in Deutschland künstlich auf der Höhe von 550 M. die Tonne gehalten wird, während ausländisches Getreide etwa 3000 bis 3500 M. kostet. Es gelingt es ihnen leicht, nicht kritisch veranlagte Leute zu überzeugen, daß hier ein Ausgleich unbedingt notwendig ist. Dabei wird aber übersehen, daß die hohen Auslandspreise in Wirklichkeit nur logischen Wertausgleich sind. Es ist in der Hauptsache der tiefe Stand unserer Wärlu, genauer ausgedrückt, der geringe Wert unseres Papiergeldes im Ausland, der in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Wären wir in der Lage, ausländisches Getreide mit Gold zu zahlen, so würde es natürlich entsprechend billiger sein. In England kostet z. B. die Brotfrucht etwa 650 M. Rechnet man Frucht, Verfrachtung und sonstige Unkosten dazu, so würde man auf einen Preis von vielleicht 750 bis 800 M. kommen. Dieser Preis stellt dann den wirklichen „Weltmarktpreis“ dar, nicht etwa ein Preis, in dem man dann noch in mehr oder weniger von der Wärlu ausländischer Kapitalisten und Spekulanten bestimmten Stand unserer Wärlu hineinrechnen.

Es hat auch vor dem Kriege schon Länder gegeben, in denen der Wert des gemünzten Geldes höher war als der eines Kassencheines. Es ist aber dort niemandem eingefallen, Weltmarktpreise nach dem Kursstande des Papiergeldes zu errechnen. Selbst europäische Kaufleute, die dorthin Geschäfte gemacht haben, berechneten ihre Verkaufspreise nicht nach dieser Wärlu, sondern richteten sie nach dem Wert der Deussen, d. h. nach den Wechseln des betr. Landes, die auf den Hauptbörsenplätzen der Welt gehandelt wurden. In diesen Wechselkursen kam der Wert der Ausgabe des betr. Landes und somit die Höhe seiner Forderungen an anderen Staaten, aber vor allem das Maß des Vertrauens zum Ausdruck, das man der Leistungsfähigkeit des Volkes und der Tüchtigkeit seiner Regierung entgegenbrachte. Auf anderer Grundlage herstellte man höchstens in Ländern, deren Finanzen vollständig zertrümmert waren. Wie beispielsweise zur Zeit der Präsidentschaft Castors in Venezuela. Wer also bei uns von Weltmarktpreisen in dem üblichen Sinne spricht, stellt Deutschland auf die gleichen Stufen, auf der seinerzeit Venezuela stand. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein derartiger Vergleich völlig unberechtigt ist.

Früher oder später werden einmal unsere Exportwaren wieder auf dem Weltmarkt in größerem Umfange als jetzt erscheinen und dann wird auch das Vertrauen zu unserer Wirtschaft fördernd auf unsere Wärlu wirken. Selbst wenn trostlose Perspektiven das für ein unerreichbares Ziel ansehen sollten, muß es doch das Bestreben der deutschen Wirtschaftspolitik sein, diesen Zustand der Gesundung herbeizuführen. So sind auch die neuen Aus- und Einfuhrbestimmungen, deren Veröffentlichung demnächst zu erwarten ist, zu beurteilen. Ist der außerordentlich unpolitische Stand der Wärlu überwunden, dann kann man daran denken, einen Ausgleich der Inlandspreise mit den Weltmarktpreisen herbeizuführen, der auf die Dauer unvermeidlich ist.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend hielt verflochten Dienstag seine ordentliche Generalversammlung im Geschäftsraum ab. Aus dem Geschäftsbericht, der der Geschäftsführer Genosse Senze aus, ist hervorzuheben, daß trotz des Wärluschwundes und der Aufhebung der Blockade wir noch unter den außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hatten. Der Konsumverein hat sich aber trotzdem auch im letzten Geschäftsjahr weiter nach vorwärts entwickelt. Die Mitgliederzahl hat sich von 11 221 um 1277 Neueintritte, denen 32 Austritte gegenübersehen, auf 12 169 erhöht. Die Guthaben der Mitglieder betragen 221 253,39 M. Der Gesamtsatz ist auf 9 331 133,86 M. gestiegen, gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 218 625,13 M., oder 103 Prozent Zunahme. Die starke Zunahme des Umsatzes ist zweifellos zum großen Teil auf die außerordentlich hohen Preise zurückzuführen. Die Manufakturwarenabgabe stellt den Königtraher 111 gewinnt immer größeres Zutun seitens der Mitglieder, welches auch der Umsatz in letzter Zeit beweist. Die Verkaufsstelle ist zur Umwicklung des Geschäfts zu klein geworden und schon im vorigen Jahre wurde das Haus Sandstraße Nr. 24 erworben, um sie ausbauen zu können. Die Verkaufstimonadenanlage hatte zeitweise ganz gut zum Tun, es wurden rund 191 000 Flaschen in dieser Abteilung her-

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Heeseler.

59. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Horstmann sah den Arzt mit stillem Hohn an und sagte: „Sie wissen es! Sind das gefälschte Leute, die Fremdenärzte, die hören das Gras wachsen.“
Doktor Einzelsamer drang nicht weiter in den Kranken, sondern ging scheinbar leichtfertig zu einem anderen Thema über: „Es ist ein Brief von Ihrer Frau Gemahlin gekommen. Wollen Sie den nicht lesen?“
„Nein.“
„Warum nicht?“
„Ich mag nicht. Uebrigens ist er auch nicht von meiner Frau.“
„Eigenhändig gewiß“, entgegnete Horstmann. „Aber nicht von ihrem eigenen Geiste. Es hat sich jemand anders meiner Frau bemächtigt.“
„Was wollen Sie damit sagen? Hatten Sie Ihre Frau Gemahlin für krank?“
„Die ist auch krank! Schwerer krank als ich. Die leidet an den bösen Menschen, die sich ihrer bemächtigt haben. Ich habe auch darunter gelitten. Mich haben sie nur gequält, aber meiner Frau haben sie die bessere Einsicht genommen.“
„Wer sind denn die Menschen?“
Horstmann machte eine ungebildige Bewegung.
„Fragen Sie nicht so viel! Weiß der Himmel, ein Arzt kann mehr fragen, als ein Duzend Narren beantworten können. Leben Sie wohl! Kommen Sie heut noch mal wieder?“
Er reichte dem Arzt die Hand. Dieser folgte der Aufforderung und verließ das Zimmer. Nachdem er draußen noch einige Worte mit dem Wärter gewechselt hatte, besuchte er einen anderen Patienten. Von Horstmann nahm er das Bewußtsein mit, daß dieser ein unheilbarer Verräter sei, in melancholischem Zustand, der momentan wenigstens nicht gefährlich war.
Nachdem der Arzt hinausgegangen war, kam Alices wieder herein und räumte den Tisch ab. Dann klingelte er, worauf ein Mädchen kam, welches das Geschirrmischaustug.
Horstmann hatte wieder sein Buch vorgenommen. Er las langsam und sorgfältig, wie ein Mensch, der an Ekkurre nicht gewöhnt ist, indem er jedes Wort für sich und im Zusammenhang mit den anderen würdigte.
Draußen schmettete ein Buchfink seinen kümmerlichen Vorkauf heraus, während von einem entfernten Baum das Weibchen in schattigen Tönen antwortete: „In offenen Fenster langte ein Mädel schwärmt. Eine Fliege war auf ihrem Flug ins Zimmer

hingeflogen und freiste kummend unter der Decke. Blöschlich ließ sie sich auf Horstmanns Buch nieder. Er schenkte sie unmutig mit dem Taschentuch fort. Aber im nächsten Augenblick war sie wieder da. Bald floß sie gegen sein Gesicht, bald prüfte er sie auf seinem Hals. Er wurde schließlich nervös, und als sie wieder auf dem Buch lag, schlug er sie mit der Hand tot. Ein kleiner blutiger Fleck bezeugte am Rande die Stelle, wo ihr zerquetschter Körper gelegen hatte. . . . Da schlug Horstmann das Buch zu und ließ einen tiefen Seufzer aus. Sein Kopf sank wie von einer unerträglich schweren Last niedergebrückt auf seine Brust, und mit erlöschenden Augen blickte er in seinen Schoß.
So hatte er mit dieser verfluchten Hand sein Weib niedergeschlagen! Er mußte immer und immer wieder daran denken. Jedes kleine Ereignis, jedes Wort die Erinnerung herauf. Es war, als wenn die schweren Faustschläge, mit denen er sie niedergestreckt, ihn selbst getroffen hätten. Er befand sich leidend in einem Zustand so schwerer Melancholie, daß er alles nur mit halbem Bewußtsein wahrnahm und ausführte. Nur eins war lebendig und wach: die Erinnerung an seine fürchterliche Tat. Die Spritzer Blut, die ihrem Gesicht entströmten waren, waren für ihn zu der breiten, rauchenden Entladung geworden, die den Mörder dampfen, und deren nie zu löschender Geruch ihm den Atem und den Schlaf seiner Nächte nimmte.
Er hatte sein Weib geschlagen! Diese Hände, die ihm zum erstenmal in seinem Leben so großlich plump und breit erschienen waren, als sie ihre weißen, zarten, ringelgeschmückten Hände dazwischen legte, hatte er gegen sein Weib erhoben. Er hatte ihre getriebenen Züge entstickt. Ihre Schönheit, die er so anbetete, hatte er gelöhnet. Er, der rohe, brutale Mann. Vor Jahren, noch als Arbeiter, hatte er einmal gesehen, wie ein Junge einem kleinen Vogel bei lebendigem Leibe den Kopf abriß. Und diesen fürchterlichen Schreck, diesen ganz körperlichen Schmerz, den er damals im ersten Augenblick noch viel härter als die Empörung empfunden hatte, empfand er immer wieder, wenn er an Anna dachte. Er schauderte vor sich selbst, vor diesem wilden Tier, das in ihm steckte, und das ihn so unmensliche Handlungen begehen ließ.
Ebenso wie er früher blutrot gesehen hatte, sah er jetzt schwarz. Er empfand nur noch seine eigene Schuld. Seine Eifersucht, seine Wut auf Holleder hatte er vergessen. Er glaubte jetzt, daß Annas Untreue nur in seiner Einbildung bestanden habe. Und wenn die alten Zweifel doch wieder aufstiegen in ihn, so redete er sie sich aus, mit einer Art wütender Freude, um die Furchtbarkeit seiner Untat desto härter zu empfinden.
Immer wieder trat vor sein Auge das Bild, wie Anna von seinem Schlag getroffen, gegen die Säule, die ihre eigene Schuld trug, taumelte und dann mit einem Schrei zu Boden fiel. Und dann — das war das Schreckliche, das was er nicht begriff —

dann hatte er sich über sie gestürzt, ihr das Kleid von der Schulter gerissen und sie geschlagen, bis die zerfetzten Hemden mit Blut getränkt waren. Er hörte noch ihr dumpfes Weheln. Er erinnerte sich, noch ganz genau, daß dieses Weheln seine Wut steigerte hatte, er hatte so lange zugeschlagen wollen, bis sie keinen Laut mehr von sich gab, bis sie tot war.
Alles, was jetzt mit ihm geschah, daß er hier unter Verwürfen eingeerrt war, tat ihm wohl. Das alles war nur eine schwache Vergeltung im Vergleich zu der Strafe, die er verdient hatte.
Als er noch in Grafenberg war, hatte man ihm gesagt, daß seine Frau an schwerem Siechtum darniederläge. Später hatte er gehört, es ginge ihr besser. Er glaubte das und glaubte es nicht. Er konnte sie sich nicht anders vorstellen, als in einem Krankenstuhl liegend, das von Narben entstellte, blaße, in aller Hässlichkeit noch schöne Gesicht ankläglich gegen ihn erhoben. Das selbe Siechtum, woran er litt, gab er ihr. So wie er in dieser tröstlichen Niedergelassenheit hinbrütete, unfähig sich zu erheben, unfähig, einen anderen Gedanken zu fassen, als diese grausamen Selbstergötzungen, so schien auch sie ihm hinzuziehen, während alle Lebensfreude in ihr erlöschte war, zu einem langsamem Sterben verdammt.
Und nicht bloß wegen seiner letzten Tat, wegen der ganzen Vergangenheit machte er sich Vorwürfe. Als sie ihm die Hand reichte, hatte er ihr eine heitere Zukunft, ein glänzendes Leben versprochen. Eine Zeitlang hatte er sein Versprechen gehalten. Aber dann, als ihn das Glück verließ, hatte er sie mit in sein Elend hineingezogen. Weil er griesgrämig war, sollte sie es auch sein. Weil er die Menschen haßte, sollte auch sie die Menschen haßen. Aber ihr, was hatten ihr die Menschen getan? Wie konnte sie, in ihrer lachenden, erwartungsvollen Jugend den tiefen Schmerz dessen empfinden, der am Ende seines Lebens angekommen, die bittere Enttäuschung erfährt, von der ein alter Mann sich nicht wieder erholen kann? Er hatte sie für mitleidslos und egoistisch gehalten, aber im Grunde war sie nur jung und bieder, ihm und voller Lebenskraft gemein. Weil er süßesäuerlich war, hatte er auch ihr die Schwärze gebrochen. Er hatte ihre Jugend zerstört und ihr ganzes Lebensglück vernichtet. Auf ihm lag die ganze Schuld.
Jetzt wo er in diesen Stunden einsamen Grübelns über ihr gemeinsames Leben nachdachte, begann ihm aufzukommen, worin der tiefe eigentliche Grund ihres gemeinsamen Unglücks lag. Er war alt und sie war jung. Er war der rauhe Arbeiter, der hart geworden war unter einem Leben von Mühsal und Plagen, und sie war das seltsame Geschöpf des Luxus, zur Freude und zum Gelächern geschaffen.
Fortsetzung folgt.

Denk, für die 8540 Mk. Steuern gezahlt werden müssen. Für dieser Geschäftsmäßig ist noch außerordentlich erwidlungsfähig. Mehrere Mühlenanlage konnte leider noch nicht wieder in Betrieb genommen werden, da die hierfür nötigen Rohmaterialien noch nicht wieder freigegeben sind. An Grundstücken waren wir gezwungen, eine ganze Anzahl zu erwerben, da es notwendig war, unsere Warenabgabestellen in den einzelnen Stadtteilen konstant zu erhalten. Es wurden angekauft die Grundstücke Fischergrube, Drögstraße, Sandstraße und Gutia. Die Spar-Tafel hat sich sehr gut entwickelt und sind die Einzahlungen von 1836 100,11 auf 2880 342,63 Mk. gestiegen. An Sterbeunterstützung waren 332 Fälle, für die 2935 Mk. gezahlt werden konnten, zu erledigen. Unter diesen Sterbefällen sind leider noch 22 Kriegesopfer, deren wir alle in Ehren gedenken. Die Feuererlösheit ist noch außerordentlich ausbaufähig und werden die Mitallender erlucht, recht eingehend ihre Versicherung zu prüfen, ob sie auch den heutigen Verhältnissen entsprechend genügend hoch versichert sind. Die Lebensversicherung, die Volkshilfe, deren Rechnungsstelle in Pübed, Johannisstraße 48, sich befindet, wird unseren Mitgliedern dringend empfohlen. Das Personal mußte infolge der gesteigerten Arbeitsleistungen ganz wesentlich vermehrt werden. Die Bilanz ist zufriedenstellend und haben wir außer dem sonst üblichen Rabatt noch einen Reingewinn zur Verteilung zur Verfügung. Wenn wir zusammenfassend das Ergebnis der Entwicklung unserer Genossenschaft betrachten, so kann man nur sagen, daß die Entwicklung einen guten Verlauf nimmt, daß wir aber keineswegs uns damit zufrieden geben dürfen. Unsere Genossenschaft muß sich aber weiter vorwärts entwickeln, daß wir immermehr zur Eigenproduktion übergehen können. Den Bericht des Ausschusses gab der Vorsitzende Genosse Waldburger. Bei den vorgenommene Resolutionen ist alles in bester Ordnung befunden worden. Die Ausschüsse über den Geschäftsbericht war sehr schick und wurde im Anschluß hieran der Gewinnverteilungsanschlag, den die Verwaltung unterbreitete, gut geheißen. Die Bilanz wurde genehmigt, die Entlastung des Vorstandes beschlossen. Wiedergewählt wurde für die Manufakturwarenabgabestelle des Ausschusses Genossenschaftsratmitglied K. Kähler. Bei den Wahlen zum Ausschuss wurden die Genossen Barzel und Hamann wieder und Lüth neu gewählt. Der Sekretär des Vereins, Genosse Schr., machte noch einige Ausführungen über die zukünftigen Organisations- und Agitationsarbeiten; es ist notwendig, die genossenschaftlichen Ideale in die weitesten Kreise des Volkes sowohl im Stadtgebiet als auch in das Land zu tragen. Die geistige Waffe, das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“, soll den Mitgliedern wieder ins Haus gebracht werden. Dazu ist es notwendig, daß sich recht viele Vertrauensleute für die Agitationsarbeit sowie für das Versicherungswesen zur Verfügung stellen. Er fordert alle Mitglieder zu recht rühriger Propaganda für die Konsumgenossenschaft auf, denn nur durch die weitestgehende Organisation der Verbraucher kann zum größeren Ausbau der Eigenproduktion geschritten werden. Auch muß gefordert werden, daß eine gesetzliche Vertretung für die weiten Verbraucherkreise geschaffen wird und deshalb fordern wir als Konsumenten die Errichtung von Konsumentenfamilien, die aber nicht von verstaubten Bureaupersonen, sondern von wirklichen Verbrauchern vertreten werden.

Die Begrüßungsfeier für heimgekehrte Kriegsgefangene wird mit dem Vorwort aus dem „Meißner Tagblatt“ von Richard Wagner eröffnet und mit der Deputierten-Deputation zu „Sibellio“ von Beethoven beendet. Die Musikstücke werden vom Orchester des Vereins der Musikfreunde zum Vortrag gebracht. Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist schon jetzt sehr groß. Es werden aber nahen Verwandten der heimgekehrten Kriegsgefangenen auf Antrag Eintrittskarten in beschränktem Umfang im Bureau der Fürsorge für Kriegs- und Zivilgefangene des Wohlfahrtsamts, Untertrave 104, Zimmer 37, ausgeschrieben.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die Zahl der erwerbslosen männlichen und weiblichen Personen, die sich am 9. Dezember beim öffentlichen Arbeitsnachweis als arbeitssuchend meldeten, betrug 1224. Berücksichtigt man, daß in dieser Zahl 210 der ausgesprochenen Tischler einbezogen sind, und daß von den sich meldenden Arbeitssuchenden am 9. Dezember 157 Arbeitsgelegenheit erhalten konnten, bleibt eine Gesamtziffer übrig, die ersichtlicherweise eine geringe Besserung des Arbeitsmarktes gegenüber den letzten Wochen erkennen läßt. Eine so niedrige Erwerbslosenziffer, wie sie im Oktober zu verzeichnen war, ist freilich noch nicht wieder erreicht worden. In der Arbeitslosigkeit sind vor allem die Metallindustrie (122), Kellner (48), Bäcker (28), Schlichter (13), jugendliche Arbeiter (145), unelernte Arbeiter (320) und landwirtschaftliche Angehörige (51) beteiligt. Verhältnismäßig plügend ist die Lage des weiblichen Arbeitsmarktes, der 156 Arbeitssuchende aufweist, von denen 15 an dem genannten Tage Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden konnte.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein volksparteiliches Hebertrumpfenverbot in der Bürgerwehr. Das „Echo“ schreibt u. a.: Die sogenannte Volkspartei überfiel die ahnungslose Bürgerwehr mit einer Anfrage des Herrn Wittbock, der zu beweisen versuchte, daß es im Interesse der gesamten Bevölkerung Hamburgs, ins-

Transplantation.

Geschändnisse eines Hemdes.

Ich war einmal ein Hemd.
Ein hübsches Hemd.
Ein Leinwandhemd.
Im Grundton war ich leichtgelb, darüber liefen zarte blaue Ähren hin — ein geschmackvolles Muster.
Ich war reizend.
Einsam lagte ich mich an den Körper meines Herrn, der mich mit besonderer Vorliebe aus dem Kästen nahm, wenn er die Arbeit hatte, einen recht angenehmen Eindruck zu machen. Er freute sich meiner und oft lächelte er mich freundlich an, wenn er mich (mich) im Spiegel betrachtete.
Wir waren hoch auf uns, wir zwei.
Aber eines Tages hielt mich die Frau gegen das Licht, schüttelte den blonden Kopf und sah mich böse an. O! Ich unterließ mich genau und erlaubte. Ich hatte eine gewisse Durchsichtigkeit bekommen, wie es sich für ein braunes Hemd nicht ziemt. Ich wurde in der Wäsche sehr gründlich behandelt, aber es nützte nur wenig, ich sah doch an zwei Stellen, und als mich mein Bestzer wieder überzog, sah ich an einer dritten.
Es war jämmerlich!
Er sagte ganz ruhig und vernünftig, ich sei schlechtig geworden, und machte eine Bemerkung, die wie „Gegen“ klang.
Ich war getränkt, aber ich war auch schlechtig; ich konnte es nicht freitreten.
Als mich die Frau das nächste Mal hügelte, lag ich mit ausgeführten Krügen und Wangen vor ihr. Gräßlich! Sie sagte es mir herab, doch als ich Sonntag wieder meinen Herrn schmücken sollte, sah er mich mit einem fähigen der Sorge wieder aus. Aber er nahm mich wieder in Gnaden auf, denn es stellte sich heraus, daß ich von den drei Hemden, zwischen denen er die Wahl hatte, das Beste war.
Der arme Herr! Er blieb mir aber erhalten.
Die Frau sollte ein neues Hemd kaufen, das damals sehr gut Krone kostete, aber sie überlegte eine Weile, da kostete es schon richtig, und sie ließ es bleiben.
Sie nahm mich vor, sie studierte mich, drehte mich hin und her, versuchte mein Inneres nach außen, griff an mir herum, sagte tief und leiser, daß sie an mir liebte. Ich war vor dem, was sie mir tat, so erschrocken, daß ich hätte erlauben müssen. Aber es ging nicht, ich war schon zu jung geworden.
Als mich der Freund wieder auswendig und mein Klagen nicht anging, da fragte er mich wenig, denn mein „Gegen“

besonders auch der Bürgerwehr, die von der Reichsregierung vorgeschlagene Art der Erhebung des Reichsnotopfers abzulehnen. Es war eine Dreifachheit, mit solcher schwierigen Frage schickte aus dem Busch zu springen und die vorher nicht unterrichteten anderen Fraktionen vor die Zukunft zu stellen, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Nach einer ziemlich erregten Aussprache, in der die Gegensätze zwischen den Anhängern der alten und der neuen Regierung heftig aufeinanderprallten, ließ die Sache denn auch völlig ergebnislos aus. Wenn die Deutsche Volkspartei den Heberfall etwa mit ins Programm ihrer jetzt „proletarisch“ organisierten Wahlpropaganda aufgenommen hätte, wird sie durch den Verkauf der Debatte schwerlich auf ihre Kosten gekommen sein. Einige interessante Schulfragen wurden im Laufe des Abends noch angeschnitten. So gleich beim Beginn die Frage des 9. Schuljahres, auf die unser Genosse Ballerbach näher einging. Zum Schluss kam es noch zu einer regen Erörterung über die Frage, von welchem Lebensjahr ab der Mensch über seine Religionszugehörigkeit selbständig zu entscheiden in der Lage sein soll. Es handelte sich dabei um eine der noch vom K. und S.-Rat erlassenen Verordnungen, die nun zum größten Teil gegenstandslos geworden sind, aber von der Bürgerwehr nach einzeln nachgeprüft werden müssen, ob sie noch Gesetzeskraft erhalten oder außer Kraft gesetzt werden sollen.

Hamburg, Opposition in der Opposition. Die Leitung der Hamburger Oppositionellen (Kaufmänner und Volkshilfe) hatte jüngst ihre erste kommunistische Adresse an alle Kommunisten veröffentlicht. Es wurde dort Stellung genommen zu den wichtigsten taktischen und prinzipiellen Fragen. In der Ortsgruppe Groß-Hamburg, also der wichtigsten, man könnte fast sagen der Muttergruppe der ganzen oppositionellen kommunistischen Bewegung Deutschlands, trafen vor einigen Tagen die Distrikts- und Bezirksleiter zusammen, die folgende Entschlüsse annahm: „Durch die Veröffentlichung seiner ersten kommunistischen Adresse hat der Vorstand der Ortsgruppe der Mitglieder der Ortsgruppe zur Beratung und Stellungnahme nicht vorgelegen hat.“ — Diese Entschlüsse wurden den Distrikten und Bezirken überwiesen, die ihre zustimmten.

Reich und Ausland.

Um 1½ Millionen Mark begannert. Durch Platananschlag lücht ein Detektiv in Berlin einen Kaufmann Steier, der ein Bantochäft mittels gefälschter Duplikatbriefe für große Posten Reis um 1½ Millionen Mark geschädigt hat. Auf seine Ergreifung sind 150 000 Mark Belohnung gesetzt worden.
Dreifacher Raubmord. In Graniee (Mark) wurde ein dreifacher Raubmord verübt. Dort ist der Abdeckermeister Köhler mit seiner Frau und seiner erwachsenen Tochter von unbekannten Tätern ermordet worden. Alle Wertgegenstände waren geraubt. Von den Tätern fehlt jede Spur.
Verhaftung eines Postbeamten. Der Postsekretär Wiedenholz aus Remscheid, der nach Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von 250 000 Mk. von der Staatsanwaltschaft Essen festsitzend verfolgt wurde, ist in einem Hotel in Odenburg verhaftet worden. Auf die Festnahme des Täters war eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt.
Militärpersonen als Gasabwäger. Die bei der Pulverfabrik Plauen a. d. Havel beschäftigten Militärpersonen Zeugnis abgeben. Krämmer und Feuerwerker wurden wegen Vertriebes falscher 50-Mark-Scheine in Brandenburg verhaftet. Die beiden Verhafteten hatten Helfershelfer in Glatz, die die hergestellten 50-Mark-Scheine weiter in Umlauf setzten.

Den Schwager erschossen. Dienstag abend wurde an dem Eingang eines Hauses in der Mendelssohnstraße in Barmer der Sägen- und Feilenfabrikant Karl Graeff aus Remscheid von seinem Schwager, dem Versicherungsinspektor Feltz Booschhoff, durch zwei Schüsse aus einem Revolver ermordet. Booschhoff hatte Dienstag abend die Frau Graeff, seine Stiefschwester, besucht, wahrscheinlich um Geld zu fordern. Zufällig betrat Graeff das Haus und, ohne daß ein Wortwechsel vorausgegangen war, zog Booschhoff seinen Revolver und streckte seinen Schwager nieder. Der Tod trat sofort ein. Die Kriminalpolizei verhaftete den Mörder.

Der Winter. Im Schwarzwald herrichte nach Melbungen aus Freiburg i. S. Donnerstag hartes Schneetreiben. Auf den Höhen waren bis 20 Grad Kälte und in den Tälern ungefähr 10 Grad.

Eisenbahnunglück bei Reg. In der Nähe von Prag ereignete sich ein Eisenbahnunglück, bei dem vier Personen getötet und viele verwundet wurden. Der Verkehrsbeamte, der das Unglück verschuldet hatte, wurde verhaftet. Bei der Bergung der Toten und Verwunden kam es zu grauenhaften Szenen. Die Bewohner der Nachbarörter plünderten die Toten und Verwundenen und erst als Offiziere ihre Revolver zogen, verschwanden die Plünderer.

Ein Nietenbrand in Ralmö. In Ralmö zerstörte eine große Feuersbrunst teilweise den mächtigen Getreidepeicher der Korn-Kompagnie. Dabei wurden 25 000 Säck Getreide vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf drei Millionen Kronen.

war zum Teil verschmunden. Ich hatte bisher einen ehrlichen „Gemadkod“ gehabt, er war nun zur Hälfte dahin. So bitter es mir auch war, so sehr ich mich zu strecken versuchte, ich konnte die Blüten meines Gebieters nicht mehr in dem Ausmaß bedenken, wie das die einfache Pflicht und der nützliche Zweck eines verständigen Hemdes ist.

„Was — was heißt das?“ fragte der Besitzer meiner Verstimmlung.
„Das heißt, daß du jetzt einen neuen Krügen und neue Wangen hast!“ lächelte die Frau.

Da lächelte auch der Mann. Er sah mich wieder freundlich an. Seine Wange in den Spiegel waren wieder Wange der Wertschätzung für mich. Frohgelant fragte er die Gattin, ob sie wolle, was Transplantation ist. Und er hielt in heiterster Stimmung einen Vortrag über jene Kunst der Chirurgie, Hautklappen von einem Körper auf einen anderen zu überpflanzen.

Er frohlodete:
„Früher, das ist von dir trefflich erlunden! Wenn ich ein Stück gesunde Schenkellaut benutzen kann, um eine zerföhrtete Nase auszubessern, warum soll ein gesunder „Gemadkod“ nicht einen zerföhrteten Krügen ersetzen?“ Er befüllte mit tiefenden Fingern meine häßliche rüdwärtige Verkrümmung. Freilich, das stimmte. Narben bleiben zurück, aber zum Glück dort, wo man sie nicht sieht!“

„Nun, wie sie fort, die Möglichkeit der Transplantation zu loben. Ich hatte dafür nur ein schwaches Verständnis. Aber ich lernte diese chirurgische Kunst bewundernd und ich begriffen, als der Preis eines Hemdes auf hundert Kronen fiel und zu dieser Zeit meine Brust so unheimlich schmerzhaft war, daß ich die Haut des Eigenbüblers meiner Schabigkeit unerschützt an mehreren Stellen des Tageslichts offenbarte.“

Da wanderte, getrieben der Gelegenheit der Transplantation, der Rest des „Gemadkods“ nach oben. Die Hemden keilerten im Kreise auf hundertwanzig Kronen empor und ein Teil meines Aredens mußte nach dem Verlaufe verpflanzt werden.

Der Mann, der das Schicksal hat, mich kein Eigen zu nennen, sprach nicht mehr. Er sprach dem Krügen, den Preistreibern und wünscht meine Heberpflanzung auf den Kopf.

Aber ein neues Hemd kostet hundertfünfzig Kronen. Ich war um sechs Kronen zu erwerben. Der Mann der Frau ist es gelungen, noch ein gesundes Teilchen an mich zu finden und in meine verkrümmte linke Schulter zu transplantieren.

Ich bin ein Drakula geworden. Ich war einmal ein Hemd...
H. K. (Wiener Arbeiterzeitung.)

Waffen eregender Raubmord. In Warschau ermordete eine Russin namens Gynomsla die verwitwete russische Aristokratin Stobelen und raubte aus ihrer Wohnung den Betrag von einer Million Mark sowie Schmuckstücke in hohem Werte. Die Mörderin war Hofdame bei der Zarin Maria Feodorowna.

Im Flugzeug nach Australien. Hauptmann Kof Smith, der am 12. November in London mit einem Apparat aufstieg, hat Australien Mittwoch erreicht und damit die 10 000 Pfund gewonnen, die die australische Regierung für denjenigen aussetzte, der zuerst von London in 720 aufeinanderfolgenden Stunden nach Australien fliegt.

Spiel, Sport und Körperpflege

Die Olympischen Spiele 1920 werden, wie bekannt, in diesem Jahre in Belgien abgehalten, wo für die Tätigkeit und die Vorbereitungen in allen Ländern — außer den Zentralmächten, die ja bekanntlich von einer Teilnahme ausgeschlossen sind — in vollem Maße aufgenommen sind. In Antwerpen wurde bereits vor dem Kriege damit begonnen, ein neues Stadion zu bauen. Die Arbeit hat allerdings während des Krieges geruht. Jetzt haben jedoch bezeichnenderweise die Engländer die Fertigstellung des Stadions übernommen, und wird die Einweihung am 8. Mai 1920 stattfinden. Die Tribünen werden 10 000 Sitzplätze und 20 000 Stehplätze haben, zusammen also 30 000 Plätze. Der Sportplatz selbst ist 136 Meter lang und 92 Meter breit. Das Stadion wird mit allen Einrichtungen der Jetztzeit versehen, Telegraph, Post, Badevorrichtung, Umkleekabine, Restaurant u. v. m. Rund um das Stadion liegen ca. 20 Plätze für Tennis und Hockey. Als Muster für diese Anlage hat der Stockholmer Sportplatz gedient. Die Olympischen Spiele beginnen am 14. August und werden hauptsächlich im und im Antwerpen Stadion stattfinden, indem dort Rasensport, Turnen, Schwimmen, Tennis, Hockey, Pferderennen, Weltkämpfe mit Armeewehren und Taubenschießen abgehalten werden. Die Ruderkonkurrenzen werden in Brüssel abgehalten, das Segeln sowohl in Antwerpen wie in Ostende. Pola in Ostende.

Es ist recht bebauerlich, aber auch gleichzeitig sehr bezeichnend für den Haß, aber auch für die Angst in den Ententeländern, die man im besonderen vor Deutschland hat, daß trotz Opposition einiger neutraler Staaten, darunter Schweden, das Olympische Komitee den Ausschluß der Zentralmächte von der Beteiligung beschloffen hat. Dieser Haß gegen Deutschland hat sogar soweit geführt, daß man den neutralen Staaten Vorschläge gemacht hat, sie sollten sich verpflichten, überhaupt keinen sportlichen Verkehr mit den Zentralmächten aufzunehmen, und wollten die Ententeationen sich an keinen Rennen beteiligen, wozu auch die Zentralmächte eingeladen werden. Also auch auf diesem Gebiete strebt man darnach, die Zentralmächte zu blockieren. Im Jahre 1918 fand in Kopenhagen auf schwedische Veranlassung eine Konferenz statt, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Man konnte jedoch nicht zu irgend einer endgültigen Stellungnahme kommen. Der schwedische Reichssportverband hat jetzt die neutralen Staaten zu einer Konferenz am 10. Januar in Stockholm eingeladen, wo diese Frage endgültig erledigt werden soll. Es steht zu erwarten, daß besonders die skandinavischen Staaten das ungläubliche Ansinnen der Ententeländer ablehnen und sich keine Vorbehalte machen lassen werden, mit welchen Ländern sie in sportlicher Konkurrenz treten sollen, womit sie sich der Welt als auf der Höhe der Kultur stehende Völker legitimieren werden. Trotz dieser Stellungnahme der Ententeländer ist es zweifellos, daß der Sport, der von der Politik unabhängig sein muß, mit zuerst dazu berufen sein wird, die Völker einander näher zu bringen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die neue Nationalspende für das Deutschtum im Auslande und unsere Kriegshinterbliebenen.

Nach einer Berliner Meldung des Wolff-Bureaus wird Reichspräsident Ebert einen Aufruf erlassen, in dem das deutsche Volk zu Spenden für Wien und Deutsch-Oesterreich aufgefordert werden wird. Dieser Aufruf ist auf eine Anregung zurückzuführen, die von sämtlichen Fraktionen der Nationalversammlung ausgegangen ist. Es soll eine Art Nationalspende für die Stammesgenossen in den Außenländern sein. Ein Aufruf an die Lübecker Bevölkerung ist inzwischen schon ergangen. Ich will gleich vorausschicken: ich gönne unseren Stammesgenossen alles Gute. Aber eine Frage sei mir gestattet: sind denn die Hinterbliebenen, Witwen und Waisen, unsere Kameraden schon so geküßelt, daß sie keiner weiteren Unterstützung mehr bedürfen? Unglückliches haben sie geküßelt und leiden sie noch. Ihr Liebes haben sie geopfert für das deutsche Volk, und unaussprechlichen Dank schuldet ihnen das Vaterland. Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht unseren gefallenen Kameraden gegenüber, ihnen Wien mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das Wort, das allen 1914 so geläufig war: „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß“, muß zur Tat werden. So hart auch unser Vaterland durch den Krieg getroffen worden ist, so niederdrückend auch die Lasten sind, die uns aufgebürdet wurden: Die Pflicht gegen die Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen, diese Pflicht muß das Vaterland in erster Linie und unter allen Umständen erfüllen. Auch in Lübeck glaubt man schon sehr viel getan zu haben. Aber nicht nützen. Ich rufe allen zu: Setzen Sie Ihre ganze Kraft ein, die hinterbliebenen Witwen und Waisen vor Not und Elend zu schützen, um ihnen das Leben zu erleichtern und es ihnen wieder lebenswert zu machen. Nicht zuletzt denke ich an die Hunderttausende unsere unglücklichen Kameraden, die heute noch als Gefangene in fremdem Lande schmachten. Zu ihren körperlichen Entbehrungen und Qualen gesellt sich die verzehrende Sehnsucht nach Weib und Kind. Auch diese müssen ihr Dasein in bitterer Not krüpfen. Einen Begriff, wie der Dank des Vaterlandes gestaltet ist, kann sich nur der machen, der mit diesen Verhältnissen etwas vertraut ist. Hier wäre ein Geld der Tätigkeit für die Parteien, die auch bisher nichts, aber nur sehr wenig für die Witwen und Waisen unserer gefallenen Volksgenossen getan haben. Anstatt Euch zu zerstreuen und zu schwächen, helft mit an unserem Werk, damit wir das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben. Auch unserer Lübecker Bürgererschaft möchte ich empfehlen, sich einmal ganz angelegentlich mit den Kriegshinterbliebenen zu beschäftigen. Glauben Sie mir, es fällt einer Frau unendlich schwer, mit dem Wissen, das sie erhält, einen antwortlosen Lebenswandel zu führen. Wissen wir erst einmal die Witwen und Waisen unserer Kameraden vor Sorge geküßelt, so bin ich und meine Kameraden nicht der letzte, der für unsere Stammesgenossen, die sich nicht in der Art ihres Deutschtums erinnern, etwas übrig hat. Adolf Fischer vom Reichsbund der Kriegshinterbliebenen, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Bez. Rön-

Wo bleibt das Geld?

Uns geht folgende Zuschrift zu: Zu dem Eingekant in Nr. 287 Ihrer Ausgabe vom 9. ds. Mts. „Wo bleibt das Geld?“ teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß laut Bundesratsverordnung vom 16. 3. 16 die Beschlagnahme des Reichtums von Kindern und Schafen für das ganze Reich verfügt ist mit der Maßgabe, daß ein Teil des erzielten Reichtums dem Kommunalverband zurückzuführen ist, während der andere Teil zwecks Veranlagung im Margarine der Reichsteilnahme zur Verfügung gestellt wird. Infolge des zurzeit außerordentlich geringen Anfalles von Tatg von den nachstehenden betraut der dem Kommunalverband verbleibende Anteil des abgelieferten Tatg 25 Prozent. Dieser auf den Kommunalverband entfallende Anteil ist in der letzten Zeit zu Sommesjetzen verarbeitet und an die Bevölkerung ausgeteilt worden.
Die Schlachthausverwaltung.